



Vielfalt in Pankow

Die Beteiligung von MigrantInnen auf lokaler Ebene
Eine Studie von Dr. Jutta Aumüller
im Auftrag des Bezirksamts Pankow von Berlin

drabuda

privatitas

Vorwort und Einleitung	04
Migration und Integration in Pankow	08
Die demografische Struktur von Migration	09
Sozialstrukturelle Integration	11
Integration in Kindertagesstätten und Schulen	16
Flüchtlingsaufnahme im Bezirk	18
Heterogene Bevölkerung mit hohem Bildungs- und Qualifikationspotenzial	18
Aufnahme- und Beteiligungsstruktur	20
Interkulturelle Öffnung der bezirklichen Einrichtungen	21
Diskriminierung und Antidiskriminierungsstrategien	23
Integrationspolitische Gremien des Bezirks	25
Neuzuwanderung und Willkommensstruktur	27
Bürgerschaftliches Engagement von und für MigrantInnen	28
Was bedeutet bürgerschaftliches Engagement?	29
Migrantenorganisationen in Pankow	30
Zivilgesellschaftliches Engagement von Zugewanderten	32
Zivilgesellschaftliches Engagement für MigrantInnen	34
Engagement benötigt Förderung und Anerkennung	35
Politische Partizipation von MigrantInnen	36
Was ist politische Partizipation?	37
Beteiligung an politischen Wahlen	37
MigrantInnen in politischen Gremien und parteipolitisches Engagement	37
Einstellungen zu politischer Beteiligung	39
Stand der politischen Partizipation von MigrantInnen in Pankow	40
Empfehlungen für die zukünftige Vielfaltspolitik	42
Strategische Ausrichtung als Erfolgsfaktor einer potenzialorientierten Vielfaltspolitik	43
Vielfalt als eine Leitidee kommunaler Entwicklung	43
Interkulturelle Öffnung von Verwaltung und Bildungseinrichtungen	44
Schaffung einer Willkommenskultur	44
Klärung der Beratungsstruktur für MigrantInnen	45
Unterstützung von Migrantenorganisationen sowie des bürgerschaftlichen Engagements	45
Personelle Ressourcen für eine Umsetzungsstrategie schaffen und sichern	45
Die InterviewpartnerInnen	46

Vorwort und Einleitung

Pankow wird immer vielfältiger

Auch im Ausland hat sich herumgesprochen, dass Berlin ein »cooler« Ort ist. Kein Wunder also, dass der bevölkerungsreichste Berliner Bezirk viele Menschen anzieht – besonders aus den EU-Mitgliedsländern. Fast jeder zweite, der oder die in den vergangenen sechs Jahren nach Pankow gezogen ist, kam aus dem Ausland. Im Vergleich mit den übrigen Berliner Bezirken stehen wir damit an dritter Stelle, wenn es um den Zuzug aus dem Ausland geht. Insgesamt hat Pankow – wie alle östlichen Bezirke – eine relativ niedrige Migrationsquote von knapp 15 Prozent.

Seit einigen Jahren hören wir in Pankow auf den Straßen vermehrt verschiedene Sprachen. Viele Kreative und gut Ausgebildete aus anderen Ländern tummeln sich in Prenzlauer Berg – aber auch in anderen Ecken Pankows. International ausgerichtete Unternehmen sprechen in ihren Betrieben vorwiegend Englisch. Auch das Kulturangebot Pankows ist international geprägt.

Die öffentliche Verwaltung muss sich auf diese erfreuliche dynamische Entwicklung einstellen und ist mit neuen Fragen konfrontiert: Wie schaffen wir eine bessere Willkommenskultur, damit sich die Neuzugewanderten bei uns zuhause fühlen? Auf welche Weise nutzen wir die vielfältigen Potenziale dieser Menschen? Und vor allem: Wie beteiligen wir die neuen Pankowerinnen und Pankower am zivilgesellschaftlichen Leben, damit sie ihre Bedürfnisse und Interessen hörbar artikulieren können?

Auf diese und andere Fragen liefert die vorliegende Studie Antworten. Sie benennt die integrationspolitischen Stärken Pankows und weist dezidiert auf Schwachstellen hin. Diese wollen wir in den nächsten Jahren energisch angehen. Denn unser Ziel ist klar: Wer nach Pankow zieht, der soll sich hier willkommen fühlen.



Matthias Köhne
Bezirksbürgermeister



Katarina Niewiedzial
Integrationsbeauftragte

Hinweise zur Expertise

Die vorliegende Expertise befasst sich mit der Sichtbarkeit wie auch der Wirksamkeit des Engagements von und für MigrantInnen in Pankow. Untersucht werden der Stand von Integration und Partizipation der MigrantInnen im Bezirk, die Strukturen, die eine gleichberechtigte Teilhabe fördern, aber auch solche, die sich hemmend darauf auswirken. Berücksichtigt werden zum einen zentrale Handlungsbereiche der sozialstrukturellen Integration (Bildung, Arbeitsmarkt und lokale Ökonomie) sowie die Aufnahme- und Beteiligungsstruktur in den bezirklichen Institutionen. Zum anderen wird die Partizipation von MigrantInnen im zivilgesellschaftlichen und politischen Bereich in eigenen Schwerpunkten vertieft.

Partizipation ist eine kommunalpolitische Schlüsselgröße, bei der es nicht nur um gleiche Chancen auf Repräsentation der verschiedenen Bevölkerungsgruppen geht, sondern immer auch um die demokratische Ausgestaltung des Gemeinwesens. Die Partizipation von MigrantInnen hat dabei ein doppeltes Gesicht: Einerseits ist die Förderung von Beteiligung und bürgerschaftlichem Engagement ein Bereich, in dem die kommunale Integrationspolitik relativ unbeeinflusst von übergeordneten bundes- und landesgesetzlichen Rahmenbedingungen agieren kann, um MigrantInnen verstärkt in zivilgesellschaftliche Aktivitäten einzubinden. Andererseits aber verfügen Kommunen über eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten auf dem Gebiet der politischen Beteiligung: MigrantInnen ohne deutsche oder EU-Staatsangehörigkeit bleiben aus den Kommunalparlamenten ausgeschlossen. Die hier vorgelegte Bestandsaufnahme soll eine Grundlage dafür bilden, mittels einer angepassten kommunalen Partizipationsförderung eine gleichberechtigte Teilhabe von MigrantInnen zu unterstützen.

Methodisch beruht das Gutachten auf der Auswertung integrationsrelevanter Statistikdaten für den Bezirk Pankow sowie auf umfangreichen schriftlichen Befragungen und qualitativen Interviews. Einbezogen waren die Bezirksverwaltung, die im Bezirkssportbund organisierten Vereine, die Freiwilligenagenturen des Bezirks, die Kreisverbände der in der Bezirksverordnetenversammlung vertretenen politischen Parteien, KommunalpolitikerInnen und Bürgerdeputierte, VertreterInnen der Migrantorganisationen im Bezirk sowie sonstige ExpertInnen in Sachen kommunaler Integrationspolitik.

An dieser Stelle sei den vielen Menschen gedankt, die sich für Interviews und Auskünfte zur Verfügung gestellt haben: die InterviewpartnerInnen, die im Anhang namentlich aufgeführt sind, sowie darüber hinaus zahlreiche InformantInnen im Bezirksamt und in den Vereinen des Bezirks, die schriftlich Auskunft über die Partizipation von MigrantInnen gegeben haben. Ein besonders herzlicher Dank gilt der Integrationsbeauftragten des Bezirks Pankow, Katarina Niewiedzial, sowie Bezirksbürgermeister Matthias Köhne für die Unterstützung und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Wichtige Begriffe

Einige zentrale Begriffe werden in dieser Expertise immer wieder auftauchen. Ihre Verwendung wird eingangs erklärt. Weitere wichtige Begriffe wie »Migrationshintergrund«, »interkulturelle Öffnung« und »Willkommenskultur« werden später im Text an der entsprechenden Stelle erläutert.

Integration

Integration bezeichnet ganz allgemein den Zustand eines Systems, in dem es in sich stabil bleibt. Häufig ist Integration aber als eine Bringschuld von MigrantInnen aufgefasst worden, sich an bestehende gesellschaftliche Strukturen anzupassen. Dieser Sichtweise wird hier nicht entsprochen. Vielmehr wird darunter die Inklusion, also der gleichberechtigte Einbezug von MigrantInnen in die verschiedenen gesellschaftlichen Funktionssysteme (Arbeitsmarkt, Bildung, Politik etc.) verstanden. Integrationspolitik ist somit die Verwirklichung einer Politik, die auf eine solche Inklusion hinarbeitet.

Potenzial

Jeder Mensch besitzt als Träger individueller Fähigkeiten Potenziale, also Entwicklungsmöglichkeiten, die ihm durch seine Veranlagung gegeben sind und die er sich darüber hinaus durch seine Sozialisation, Erziehung und Bildung aneignet. Daneben zeichnen sich auch Institutionen, Strukturen und Prozesse in Kommunen durch eine Entwicklungsfähigkeit aus. Analysiert werden in dieser Expertise Potenziale, über die MigrantInnen durch ihre beruflichen, aber auch weitere personalen Qualifikationen verfügen, sowie Potenziale, die in den verschiedenen Bereichen von Politik und Gesellschaft vorhanden sind.

Partizipation

In neuerer Zeit werden die Begriffe »Integration« und »Partizipation« bisweilen synonym verwendet – nicht zuletzt, um einen Integrationsbegriff zu vermeiden, dem eine assimilatorische Tendenz anhaftet. Es soll in dieser Expertise aber auf eine Trennung der Begriffe bestanden werden. Während Integration als die Teilhabe von MigrantInnen auf der sozialstrukturellen Ebene messbar ist, stellt Partizipation Menschen als aktiv Handelnde in den Vordergrund. Unter Partizipation wird hier die aktive Beteiligung von Menschen an den gesellschaftlichen und politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen verstanden. Detaillierte Erläuterungen hierzu finden sich auf den Seiten 28 ff. und 36 ff.

Vielfalt/Diversity

Vielfalt, oder auch Diversität, ist ein soziologisches Konzept, das für die Unterscheidung und Anerkennung von Gruppen- und individuellen Merkmalen genutzt wird. Der Begriff bezieht sich nicht allein auf die ethnische Herkunft oder die Nationalität von Menschen, sondern auch auf weitere Merkmale wie Geschlecht, Alter, Weltanschauung, Religion, sexuelle Orientierung, Behinderung usw. Im Zusammenhang mit Integration lenkt der Begriff die Aufmerksamkeit darauf, dass die Identität, das Handeln wie auch die objektive Lebenslage von MigrantInnen nicht allein durch deren Herkunft, sondern auch durch weitere Persönlichkeitsmerkmale geprägt sind. Der bedeutungsgleiche Begriff »Diversity« entstammt ursprünglich dem Antidiskriminierungsdiskurs. Mittlerweile bezeichnet er insbesondere eine Politik der Vielfalt in der Wirtschaft.

Migration und Integration in Pankow

In diesem Kapitel wird eine Auswertung der integrationsrelevanten Strukturdaten vorgestellt und diskutiert. Die Analyse erfolgt auf der Basis von Statistiken aus den Bereichen: Bevölkerungsentwicklung, soziale Integration, Arbeitsmarkt und Bildung.

Die demografische Struktur von Migration

Heterogene räumliche Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Der Bezirk Pankow verfügt über einen im Berliner Vergleich niedrigen Anteil von EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund.¹ Ende 2013 hatten 14,9 % der EinwohnerInnen einen Migrationshintergrund, davon waren 8,8 % AusländerInnen und 6,1 % Deutsche mit Migrationshintergrund (Tabelle 1 auf Seite 19).² Im Gesamtberliner Durchschnitt betrug der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund 28,4 %. Signifikant für die Migrationsbevölkerung in Berlin ist ihre ungleiche Verteilung über die Altbezirke Pankow (10,2 %, davon 4,9 % AusländerInnen und 5,3 % Deutsche mit Migrationshintergrund), Weißensee (8,7 %, davon 4,4 % AusländerInnen und 4,3 % Deutsche mit Migrationshintergrund) und Prenzlauer Berg (22,3 %, davon 14,6 % AusländerInnen und 7,7 % Deutsche mit Migrationshintergrund). Die Ortsteile am Berliner Stadtrand weisen demnach einen weit unterdurchschnittlichen Anteil von MigrantInnen auf.

Unter den Pankower EinwohnerInnen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft dominieren in allen Bezirksregionen MigrantInnen aus europäischen Herkunftsländern. Mit großem Abstand folgen dahinter MigrantInnen aus asiatischen und aus amerikanischen Herkunftsländern. MigrantInnen aus afrikanischen Herkunftsländern sowie aus Australien/Ozeanien bilden eine sehr kleine Minderheit in Pankow; allerdings gibt es in Prenzlauer Berg auch bei diesen Herkunftsgruppen deutlich höhere Präsenzzahlen (Tabelle 2 auf Seite 19).

Eine kleinräumliche Auswertung der demografischen Daten bieten die Porträts der Bezirksregionen.³ Die Auswertung erfolgt entlang von insgesamt 41 Planungsräumen in den 16 Bezirksregionen; diese entsprechen den so genannten Lebensweltlich orientierten Räumen (LOR) der Sozialberichterstattung des Landes Berlin. Eine Aufschlüsselung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Bezirksregionen findet sich in Tabelle 1 auf Seite 19. Sie belegt die enorme räumliche Differenz von Zuwanderung im Bezirk. Den Spitzenwert erreicht die Bezirksregion Prenzlauer Berg Südwest mit 29,4 % EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund. Der hohe Anteil, den AusländerInnen daran haben (20,1 %), weist dieses Gebiet zugleich als einen Schwerpunkt der Neuzuwanderung in den Bezirk aus.

Aufschlussreich ist eine Aufschlüsselung der MigrantInnenquote nach Altersgruppen. Bereits 24 % der Pankower Kinder unter sechs Jahren verfügen über einen Migrationshintergrund (Prenzlauer Berg: 33 %; Pankow: 19 %; Weißensee: 17 %). In der Gruppe der 6- bis 15-Jährigen sind dies insgesamt 21 %, in der der 15- bis 18-Jährigen bereits 17 % – mit jeweils unterschiedlichen Anteilen in den Altbezirken (Tabelle 4 auf Seite 41). Diese Zahlen belegen, dass Migration ein zunehmend relevantes Thema insbesondere für die Bildungs- und Schulentwicklung im Bezirk ist.

Die heterogene Verteilungsstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutet bereits darauf hin, dass die Themen Migration und Integration in den einzelnen Regionen einen unterschiedlichen Stellenwert haben. Die öffentliche Wahrnehmung von MigrantInnen konzentriert sich auf Prenzlauer Berg. Dort befindet sich auch der überwiegende Teil der MigrantInnenorganisationen im Bezirk; zudem gibt es im Prenzlauer Berg die meisten Angebote für MigrantInnen.

1 Soweit nicht anders ausgewiesen, beruhen sämtliche Angaben in diesem Kapitel auf Zahlen aus dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

2 Nach der in Berlin verwendeten Definition haben Menschen dann einen Migrationshintergrund, wenn mindestens eines der nachfolgenden Merkmale erfüllt ist: ausländische Staatsangehörigkeit oder der Geburtsort liegt außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und die Person ist nach 1949 in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewandert oder die Person hat die deutsche Staatsangehörigkeit als AussiedlerIn oder SpätaussiedlerIn erworben oder der Geburtsort mindestens eines Elternteils der Person liegt außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und die Zuwanderung dieses Elternteils in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erfolgte nach 1949.

3 Die Porträts der Bezirksregionen werden von der Abteilung Jugend und Facility Management im Pankower Bezirksamt bearbeitet. Im Juli 2014 wurde eine aktualisierte Fassung dieser Porträts vorgelegt, die sich auf den Zahlenbestand zum Stichtag 31.12.2013 bezieht.

Hohe Relevanz der Neuzuwanderung

Pankow partizipiert in besonderer Weise an der Attraktivität Berlins für neue BewohnerInnen und bildet gegenwärtig nach Berlin-Mitte den zweitgrößten Zuzugsbezirk in der Gesamtstadt. Die Statistik weist für das vergangene Jahrzehnt einen bemerkenswerten Bevölkerungszuwachs im Bezirk aus. Lebten im Dezember 2001 334.081 Personen im Bezirk, so waren es im Dezember 2013 bereits 377.532 Personen. Allein im Jahr 2013 gab es einen positiven Saldo von 4.969 neu hinzugezogenen BewohnerInnen im Bezirk. Fast 60 % dieser neuen BewohnerInnen kamen aus dem Ausland. Bei Zuzügen aus dem Ausland liegt Pankow damit an dritter Stelle hinter den Bezirken Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf. Die hohe Anziehungskraft für ausländische Neuzuwanderer wird die demografische Struktur des Bezirks auch in den kommenden Jahren entscheidend verändern.

Die Rangfolge der Zuwanderungsnationalitäten hat sich dabei seit 2008 kaum verändert und es dominiert die Zuwanderung aus EU-Staaten. Die meisten Neuzuwanderer in Pankow kommen derzeit aus Polen, Italien, Frankreich, Spanien, Großbritannien, den USA, Österreich, der Russischen Föderation, Vietnam und der Türkei (siehe Tabelle 4 auf Seite 41).

Ein Einblick in diese neue Migration lässt sich lediglich anhand weniger Einzelinformation gewinnen. Aufschluss über die Situation spanischer NeumigrantInnen gibt die Studie »Neue Migration: Junge Spanier/-innen in Berlin«, die 2013 im Auftrag des spanischen Arbeitsministeriums durchgeführt wurde und auf einer Online-Befragung von mehr als 500 spanischen NeuzuwanderInnen basiert.⁴

Bei den spanischen MigrantInnen, die seit 2008 nach Berlin zugezogen sind, handelt es sich in der Mehrheit (über 60 %) um junge Erwachsene im Alter von 26 bis 35 Jahren mit bereits abgeschlossener Ausbildung. Nahezu 80 % von ihnen verfügen über einen Universitätsabschluss oder Post-Graduierten-Abschluss. Knapp 80 % der Zugewanderten sind unverheiratet.⁵

Obwohl eine im innerdeutschen Vergleich hohe Arbeitslosenquote und ein geringes Lohnniveau Berlin auf den ersten Blick nicht attraktiv für die Arbeitsmigration von EU-Zuwanderern macht, ist die Anzahl der spanischen ImmigrantInnen in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Die Motive der Migrationsentscheidung für Berlin lassen sich typischerweise darin zusammenfassen, dass Berlin ein besonderes Flair zugeschrieben wird (»eine Stadt für Tagträumer«, »das Mekka der Kunst«, »Berlin begeistert mich«). Hinzu kommt die Einschätzung, dass Mieten und Lebenshaltungskosten hier besonders niedrig seien.⁶ Allerdings, so wird in der Studie festgestellt, wird der Umzug nach Berlin kaum systematisch vorbereitet. So ist es bei diesen MigrantInnen unüblich, bereits vor der Ausreise einen deutschen Sprachkurs zu absolvieren. Lediglich die Wohnungssuche wird bereits vom Herkunftsland aus betrieben. Typisch hierfür ist die Nachfrage bei bereits in Berlin lebenden Freunden oder die Wohnungssuche im Internet.

Nach Auskunft der Projektleiterin Cristina Faraco Blanco ist Mietnomadentum ein häufiges Phänomen unter den Neuzuwanderern in Berlin. Freunde, Bekannte oder Wohngemeinschaften bieten für eine begrenzte Zeit Unterschlupf. Dabei wird auch von Fällen berichtet, in denen Mietwucher betrieben wird. Bisweilen ziehen junge SpanierInnen auch wieder zurück in ihr Herkunftsland, da sie von der ständigen Wohnungssuche in Berlin zermürbt sind. Dies bedeutet auch, dass die vorliegenden Meldedaten für Pankow nicht unbedingt Auskunft über den tatsächlichen Wohnsitz dieser Neuzugewanderten innerhalb Berlins geben.

Aufschlussreich ist die Einschätzung in der Studie, dass diese MigrantInnen weiterhin enge Beziehungen nach Spanien unterhalten. Die meisten von ihnen planen, mittel- oder langfristig wieder in ihr Heimatland zurückzukehren.⁷ Aus dieser detaillierten Einzelstudie lässt sich schließen, dass es sich bei den neuen MigrantInnen in Pankow um eine junge, gut gebildete, sehr motivierte, aber auch hochgradig mobile Gruppe handelt, deren dauerhafter Verbleib nicht vorherzusagen ist. Sie stellt besondere Anforderungen an eine künftige Politik der Vielfalt im Bezirk.

4 Cristina Faraco Blanco 2014: Neue Migration: Junge Spanier/-innen in Berlin. http://www.la-red.eu/wp-content/uploads/2014/04/PNM_Artikel_Deutsch.pdf. Da es sich um eine Online-Befragung handelte, liegen nur Gesamtberliner Ergebnisse vor. Da die meisten neuen spanischen ImmigrantInnen jedoch in den Bezirken Friedrichshain, Kreuzberg und Pankow leben, lassen sich die Ergebnisse nach Auskunft der Projektleiterin auch auf Pankow übertragen.

5 Ebd., S. 4

6 Ebd., S. 7

7 Ebd., S. 19

Sozialstrukturelle Integration

Günstige Sozialstruktur des Bezirks im gesamtstädtischen Vergleich

Im gesamtstädtischen Vergleich zeichnet sich Pankow durch eine relativ günstige soziale Situation der dort lebenden Bevölkerung und ihrer Wohn- und Lebensbedingungen aus. Der Sozialstrukturatlas Berlin zeichnet in seiner jüngsten Auflage von 2013 ein insgesamt positives Bild der sozialen Lage im Bezirk. Pankow zählt (neben Steglitz-Zehlendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf) zu denjenigen Berliner Bezirken mit einer vergleichsweise geringen sozialen und gesundheitlichen Belastung. Dies drückt sich in einer der berlinweit niedrigsten Arbeitslosenquoten aller betrachteten Gruppen, also auch der dort lebenden AusländerInnen, sowie in einer niedrigen Transferleistungsquote aus.

Im Bericht zur gesundheitlichen und sozialen Lage von Kindern in Pankow für das Schuljahr 2012/2013 finden sich zahlreiche Hinweise auf die Sozialstruktur der Familien von Schulanfängern. Hierbei wird ein insgesamt hoher Bildungsstatus bei den Eltern der Schulanfänger festgestellt, wobei es für die einzelnen Bezirksregionen durchaus signifikante Unterschiede gibt. So verfügten 64 % der Eltern über Abitur oder Fachabitur; 50 % der Eltern besaßen einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss. Lediglich 7 % der Eltern hatten keine Berufsausbildung; 4 % der Eltern befanden sich noch in der Ausbildung oder im Studium. Laut dem Regionalen Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2013 verfügt Pankow berlinweit über den geringsten Anteil von EinwohnerInnen mit niedrigem Bildungsstand. Auch die Erwerbssituation der Eltern stellt sich als sehr günstig dar. Allerdings gab es signifikante Unterschiede zwischen den Bezirksregionen; so war der Anteil erwerbsloser Eltern in Buch mit 29 % auffallend hoch. Insgesamt verfügten demnach 48 % der Familien von Schulanfängern über einen hohen Sozialstatus, 46 % über einen mittleren Sozialstatus sowie 6 % über einen niedrigen Sozialstatus.

Die Quote der Transferleistungsbezieher im Bezirk ist gering; dies gilt auch für MigrantInnen. Zum Stichtag 28.02.2014 bezogen insgesamt 1.604 Personen in Pankow Sozialleistungen nach SGB XII, darunter befanden sich 1.558 Deutsche und 46 Nicht-Deutsche. Bei Letzteren handelte es sich um 16 EU-AusländerInnen und 30 sonstige AusländerInnen.⁸ Migrationsspezifisch sind aber lediglich Daten zu Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit verfügbar.

Zudem existieren keine kleinräumlichen Daten zur Verteilung der SozialhilfebezieherInnen innerhalb des Bezirks. Nach Auskunft des Amtes für Soziales gibt es im Bezirk insgesamt keine besondere Häufigkeit von MigrantInnen an den Personen im Sozialhilfebezug. Die Beschäftigungsquote unter den MigrantInnen im Bezirk sei hoch; dies mache sich auch in einem geringen Sozialhilfebezug bemerkbar.

Allerdings sind in Pankow durchaus kleinräumliche soziale Problematiken zu verzeichnen. Im Sozialstrukturatlas Berlin 2013 liegen 13 von insgesamt 39 Planungsräumen des Bezirks in ihren Sozialstrukturwerten unter dem Berliner Durchschnitt. Im Gesamtberliner Vergleich allerdings liegt der Sozialindex dieser Planungsräume deutlich höher als die Indizes für die sozial unterdurchschnittlichen Räume in anderen Bezirken.

Integration in den Arbeitsmarkt

Die allgemeine Arbeitslosenquote in Pankow betrug im September 2014 8,7 % (in Berlin insgesamt 10,8 %); sie lag damit um 0,7 % niedriger als im September des Vorjahres. Unter den im Bezirk gemeldeten AusländerInnen lag die Arbeitslosenquote bei 11,7 % und damit deutlich höher, als es ihrem Bevölkerungsanteil von 8,8 % entspricht. Die Bundesagentur für Arbeit bietet nach Migrationshintergrund aufgeschlüsselte Arbeitsmarktdaten an.⁹ Demnach liegt die Arbeitslosenquote unter zugewanderten Menschen auch dann signifikant höher, wenn man den Migrationshintergrund als Bewertungskriterium heranzieht. So weisen erstens ca. 21 % der in Pankow arbeitslos gemeldeten Personen einen Migrationshintergrund auf, obwohl ihr Anteil an der Bevölkerung nur knapp 15 % beträgt. Zweitens liegt unter den arbeitslosen MigrantInnen der Anteil der AusländerInnen deutlich über dem Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund. Drittens verfügen rund 80 % der arbeitslos gemeldeten MigrantInnen über eine eigene Migrationserfahrung; sie sind also der ersten Generation zuzurechnen, während MigrantInnen ohne eigene Migrationserfahrung nur etwa 20 % der gemeldeten Arbeitslosen mit Migrationshintergrund ausmachen. Das bedeutet, dass man bei der zweiten Generation von Zugewanderten von einer guten Arbeitsmarktintegration ausgehen kann. Auffallend niedrig ist der Anteil der SpätaussiedlerInnen an den Arbeitslosen mit Migrationshintergrund im Bezirk. Weiterhin fällt in der Statistik das hohe Qualifikationsniveau von arbeitslosen Personen mit Migrationshintergrund in Pankow auf: Sie verfügen deutlich häufiger über einen akademischen Abschluss, als dies bei Arbeitslosen ohne Migrationshintergrund der Fall ist.¹⁰

⁹ Diese Daten beruhen auf einer freiwilligen Auskunft der bei der Bundesagentur und im Jobcenter gemeldeten Personen. Für Pankow beruhen sie auf einer Selbstauskunft von knapp drei Viertel aller gemeldeten Arbeitslosen; damit sind sie als repräsentativ zu werten.

¹⁰ Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Migrationshintergrund nach § 281 Abs. 2 SGB III, Berlin

⁸ http://www.gsi-berlin.info/gsi_suchen.asp?seite=2&CBFest=Kategorie&kategorie=Sozialdaten

Diese hochqualifizierten, aber arbeitslosen MigrantInnen kommen häufig über einen befristeten Arbeitsvertrag oder die Tätigkeit in einem Start-up-Unternehmen nach Berlin, bevor sie arbeitslos werden. Die bereits oben angeführte empirische Untersuchung zur Zuwanderung von jungen SpanierInnen nach Berlin zeigt, dass nur 37 % der Beschäftigten unter ihnen über einen unbefristeten Arbeitsvertrag verfügen, 36 % über einen befristeten Vertrag, 8 % über einen Praktikumsvertrag und 8 % über einen Minijob.¹¹ Eine Arbeitsplatzsicherheit ist im überwiegenden Teil der Fälle nicht gegeben. Bei Stellenverlust kann es dann auch bei AkademikerInnen mit unzureichenden Deutschkenntnissen schwierig werden, wieder eine Stelle zu finden. Aus Sicht der bezirklichen Arbeitsagentur ist es notwendig, dieser Gruppe möglichst viele Informationen zukommen zu lassen, die sie in die Lage versetzen, sich eigenständig zu vernetzen und Kontakte zu Arbeitgebern aufzunehmen. Schließlich werden offene Arbeitsstellen in hochqualifizierten Berufen in der Regel nicht an die öffentliche Arbeitsvermittlung gemeldet, so dass diese in diesem Segment wenig vermittelnd wirksam wird.

Als eine Gruppe mit hohem, bislang ungenutzten Arbeitsmarktpotenzial gelten ausländische AkademikerInnen im Bezirk. Häufig sind diese Frauen unbeschäftigt oder arbeiten unterhalb ihrer tatsächlichen beruflichen Kompetenz. Bislang gibt es noch kaum Gelegenheiten und Maßnahmen, um die beruflichen Potenziale, über die diese Frauen verfügen, für den Arbeitsmarkt und zukünftige gesellschaftliche Aufgaben zu erschließen. Auch bleiben Existenzgründungen solcher AkademikerInnen im gewerblichen kreativen Bereich bisher häufig unter den Möglichkeiten, die Mehrsprachigkeit und transnationale Netzwerke für globale Innovationen eigentlich bieten könnten.

In den Interviews wurde darauf hingewiesen, dass MigrantInnen in vielen Fällen eine gering entlohnte Tätigkeit gegenüber dem Gang zum Jobcenter bevorzugen. In der bereits zitierten repräsentativen Befragung von jungen spanischen NeuzuwanderInnen gaben lediglich 36 % der arbeitslosen Personen an, sich bei der Arbeitsagentur als arbeitsuchend gemeldet zu haben; 67 % waren nicht gemeldet und bezogen entsprechend kein Arbeitslosengeld.¹² Entgegen der offiziell recht positiven Arbeitsmarktbilanz von MigrantInnen in Pankow muss offenbar von einem nicht näher bekannten Ausmaß an verdeckter Arbeitslosigkeit ausgegangen werden.

Probleme von MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt:

Fehlende Sprachkenntnisse hemmen den Zugang zum Arbeitsmarkt

Der Zugang zum Arbeitsmarkt hängt für MigrantInnen jeglichen Qualifizierungsniveaus sehr stark von der deutschen Sprachfähigkeit ab. Insbesondere Neuzuwanderer aus den EU-Staaten verfügen vielfach nicht über die notwendigen Deutschkenntnisse, um unmittelbar in den deutschen Arbeitsmarkt einsteigen zu können. Illustrieren lässt sich dies mit Zahlen aus der Studie zu jungen spanischen MigrantInnen in Berlin: Hier gaben knapp 40 % der neu zugewanderten SpanierInnen an, keine Deutschkenntnisse zu haben, knapp 32 % nur Grundkenntnisse, 21 % mittlere Kenntnisse und lediglich 9 % gute Kenntnisse.¹³ Da dies für eine qualifizierte Beschäftigung entsprechend dem eigenen Ausbildungsniveau nicht ausreicht, müssen in Berlin zunächst Sprachkurse belegt werden, deren Finanzierung zumeist eine Herausforderung darstellt. Schwer ins Gewicht fallen Sprachbarrieren, wenn es darum geht, eine langfristige Beschäftigung in Berlin zu finden.

Im Jobcenter liegt der Fokus der derzeitigen Arbeitsmarktintegrationsmaßnahmen für MigrantInnen dementsprechend auf der Sprachförderung.

Beschäftigung unter der eigentlichen Qualifizierung

Häufig sind MigrantInnen in Pankow unter ihrem eigentlichen Qualifikationsniveau beschäftigt. Hinweise darauf gab es mehrfach in den Interviews, die mit VertreterInnen von MigrantInnenorganisationen in Pankow geführt wurden. Auch hier lassen sich diese Hinweise durch Fakten aus der Studie zu jungen spanischen MigrantInnen erhärten: Obwohl die individuelle Einkommenssituation der beschäftigten jungen ZuwandererInnen in Berlin besser als in Spanien ist, gaben über 95 % von ihnen an, in ihrer gegenwärtigen Tätigkeit unter ihrem eigentlichen Qualifikationsniveau zu arbeiten.¹⁴

11 Cristina Faraco Blanco [Anm. 4], S. 13.

12 Ebd., S. 12.

13 Ebd., S. 9.

14 Ebd., S. 13.

Neben mangelnden Sprachkenntnissen liegt eine Ursache hierfür auch in den Schwierigkeiten, den im Ausland erworbenen Berufsabschluss in Deutschland anerkennen zu lassen. Beispielsweise können IngenieurInnen oder ChemikerInnen aus Spanien nicht einfach in diesen Berufen arbeiten. Daher bewerben sie sich auf weniger qualifizierte Stellen.

Die Möglichkeiten der formellen EU-weiten Arbeitsplatzvermittlung werden nicht genutzt

Die Möglichkeiten der Arbeitsvermittlung, die sich auf der Grundlage des europäischen Binnenarbeitsmarkts ergeben, werden von MigrantInnen in der Praxis kaum genutzt. Prinzipiell können EU-BinnenmigrantInnen sich bereits vor der Einreise bei der zuständigen Arbeitsagentur in Deutschland melden, um dort als jobsuchend aufgenommen zu werden. In der Realität ist dies jedoch die Ausnahme. Obwohl das EU-Recht Möglichkeiten einer binneneuropäischen Arbeitsmarktsteuerung bereit hält, z. B. durch eine Vermittlungsbemühung und eine frühzeitige Sprachförderung im Herkunftsland, verläuft diese Zuwanderung ungesteuert. Auch die Befragung unter spanischen ImmigrantInnen in Berlin zeigt, dass erst nach der Ankunft in Berlin der Kontakt zur Bundesagentur für Arbeit hergestellt wird.¹⁵

Schwierigkeiten des Arbeitsmarktzugangs für einzelne Gruppen

Deutlich wurde in den Gesprächen, dass es hinsichtlich des Arbeitsmarktzugangs privilegierte und weniger privilegierte Gruppen gibt. Konkrete Hinweise gab es auf folgende Gruppen:

Die Jobsituation afrikanischer Einwanderer wurde als überwiegend schlecht eingeschätzt. Im Einzelfall hängt sie vom konkreten Bildungshintergrund ab. Frauen afrikanischer Herkunft wurden hierbei die besseren Jobchancen attestiert, da diese zumeist im Rahmen eines Studiums nach Europa kommen und aufgrund ihres europäischen Studienabschlusses über bessere Berufsaussichten verfügen.

Als schwierig wurde auch die Jobsituation für MigrantInnen bezeichnet, die aus familiären Gründen nach Berlin kommen. Dies betrifft häufig Frauen, die vielfach zwar einen akademischen Hintergrund aufweisen, aber spätestens bei der Familiengründung aus dem Arbeitsmarkt fallen. Da viele von ihnen (beispielsweise lateinamerikanische MigrantInnen) durch den Partner finanziell abgesichert sind, tauchen sie in der Arbeitslosenstatistik nicht auf.

Schließlich leben in Pankow auch Einwanderer der ersten Generation, die über viele Jahre hinweg keinen Zugang zum Arbeitsmarkt gefunden haben. Dies betrifft beispielsweise frühere vietnamesische VertragsarbeitnehmerInnen sowie (Spät-)AussiedlerInnen.

Probleme der Berufsanerkennung werden für besondere Berufsgruppen von Zugewanderten festgestellt. Dies betrifft beispielsweise AkademikerInnen, die über ein im Ausland erworbenes Sprachdiplom verfügen, das auf dem hiesigen Arbeitsmarkt nicht eingesetzt werden kann, sowie auch MigrantInnen mit einem ausländischen Pädagogikabschluss, der für den Eintritt in den Schuldienst nicht anerkannt wird.

Berufliche Selbstständigkeit von MigrantInnen

Die Datenlage zur beruflichen Selbstständigkeit von MigrantInnen im Bezirk Pankow ist sehr schmal. Angaben existieren lediglich zu den von AusländerInnen geführten Mitgliedsbetrieben der Industrie- und Handelskammer Berlin. Demnach waren im Jahr 2012 in Pankow 2.285 ausländische Kleingewerbetreibende sowie 182 von Ausländern geführte Handelsregisterunternehmen angemeldet.¹⁶ Nach Angaben der IHK und der Handwerkskammer Berlin befanden sich darunter 338 Geschäftsgründungen von PolInnen, 242 von VietnamesInnen, 237 von TürkInnen, 130 von ItalienerInnen, 107 von BritInnen, sowie weitere von FranzösinInnen, RussInnen, US-AmerikanerInnen, NiederländerInnen und ChinesInnen. Unter den vertretenen Branchen dominieren der Handel, das Gastgewerbe, das Baugewerbe sowie die Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen.

In den vertiefenden Interviews wurde deutlich, dass die berufliche Selbstständigkeit für viele MigrantInnen eine Alternative zur Arbeitslosigkeit bildet. Unter den zugewanderten ExistenzgründerInnen befinden sich viele PolInnen, aber auch (Spät-)AussiedlerInnen, die häufig neben den Einkünften aus ihrem Unternehmen auf zusätzliche Leistungen zum Lebensunterhalt durch das Jobcenter angewiesen sind. Unter den neuen europäischen Zuwanderern befinden sich auch viele AkademikerInnen, beispielsweise ArchitektInnen, die in Berlin freiberuflich tätig werden möchten.

¹⁵ Ebd., S. 12

¹⁶ IHK Berlin, Handwerkskammer Berlin, Berliner Wirtschaft in Zahlen, Ausgabe 2012

Häufig bleiben die Geschäftsideen der GründerInnen unter ihrer eigentlichen beruflichen Qualifikation. Präferierte Gewerbebereiche sind handwerkliche Dienstleistungen (z. B. Service rund ums Haus), Einzelhandel (z. B. Spätkauf mit Internetzugang), Gastronomie (Imbiss, Café) und Online-Handel. Daneben erfolgen viele Existenzgründungen in den Bereichen Bauhilfstätigkeiten und Baunebenhandwerk, wobei hier häufig die Gefahr der Scheinselbstständigkeit besteht. Auch in Bezug auf Existenzgründungen lateinamerikanischer Migrantinnen wurde berichtet, dass diese vielfach in kreativen und konsumtiven Bereichen stattfinden (z. B. Spezialitätenimbiss, Nähstudio usw.), die unter den beruflichen Potenzialen dieser zumeist akademisch gebildeten Frauen bleiben. Viele dieser Kleinunternehmen in Pankow kämpfen um eine angemessene Rentabilität.

Es liegt nahe, dass die gegenwärtig vorhandenen Angebote an Existenzgründungsberatung nicht ausreichen, um den tatsächlichen Bedarf im Bezirk zu decken. Derzeit beschränkt sich das Angebot auf das Projekt AZuMis, das im Interkulturellen Haus Pankow angesiedelt ist und das auf ehrenamtlicher Basis eine bezirksübergreifende Beratung speziell für MigrantInnen anbietet. Seminare zu Arbeitssuche und beruflicher Selbstständigkeit, die für MigrantInnen angeboten werden, werden im Allgemeinen sehr stark nachgefragt. So wurde von einem hohen Bedarf an Existenzgründungsberatung für neu zugewanderte SpanierInnen berichtet, die mangels eines Standorts in Pankow in die benachbarten Bezirke ausweichen.

Soziale Problemlagen

In den Gesprächen, die mit VertreterInnen der Pankower MigrantInnenorganisationen geführt wurden, wiesen die Interviewpartner auf verschiedene soziale Problemlagen hin, die im Zusammenhang mit Migration und Integration bestehen.

MigrantInnenfamilien sowie bikulturelle Familien sind vielfach einem hohen Leistungs- und Anpassungsdruck ausgesetzt, wenn es darum geht, die Anforderungen des Migrationsprozesses zu meistern und zwischen den Generationen auszubalancieren. Alkoholismus ist eine Erscheinung, von der mehrmals im Zusammenhang mit der ersten Generation männlicher (Spät-)Aussiedler und russischstämmiger Männer in Pankow berichtet wurde. Viele Ehen scheitern im Migrationsprozess, insbesondere dann, wenn die Männer auf dem Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen können. Migrantinnen kommen häufig weit aus besser mit Arbeitslosigkeit zurecht als ihre Männer.

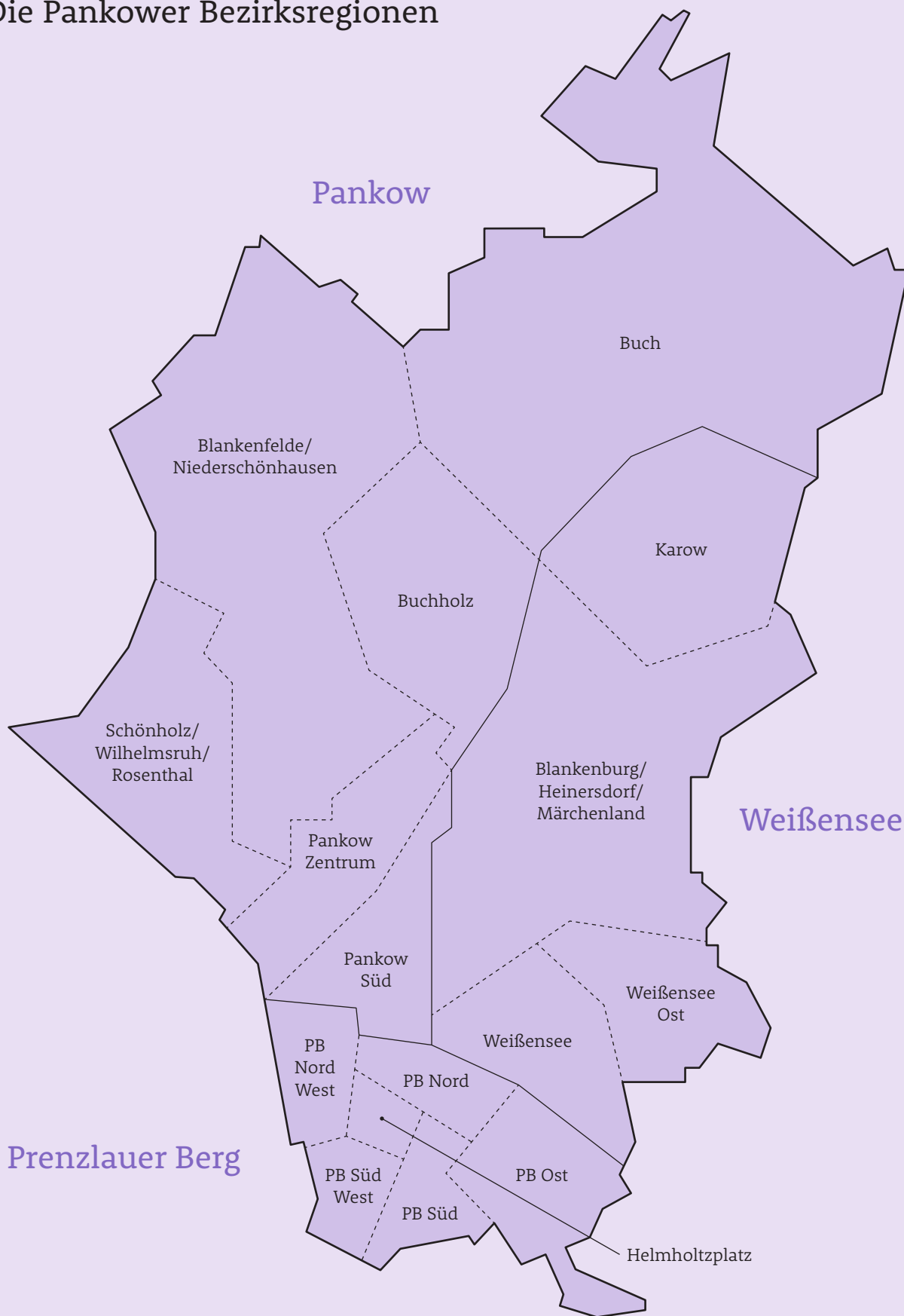
Partnerschaftskonflikte spielen sich häufig auch in bikulturellen Beziehungen ab, insbesondere wenn keine soziale Gleichwertigkeit zwischen den Partnern existiert. Gerade die Familiengründung erweist sich als der Punkt, an dem existenzielle Fragen ein großes Gewicht erhalten und unterschiedliche Auffassungen beispielsweise über Kindererziehung die Beziehung belasten können.

Über familiäre Gewalt wurde besonders im Zusammenhang mit Familien aus der Russischen Föderation und Lateinamerika berichtet. Im lateinamerikanischen Frauenverein Xochicuicatl wird häufig Beratung wegen häuslicher Gewalt nachgefragt. Aus anderen Vereinen wurde berichtet, dass es bei häuslicher Gewalt häufig schwer ist, an die betroffenen Frauen heranzukommen, die das Problem lieber in der Familie behalten möchten, anstatt externe Hilfe zu suchen.

Die günstige Sozialstruktur in Pankow lässt leicht vergessen, dass auch hier Menschen in sozialer Not leben. Dies betrifft vor allem solche MigrantInnen, die noch nicht von der umgreifenden Wohnungssanierung im Bezirk betroffen sind und in Wohnungen mit Altmietverträgen leben. Auskünfte waren hier insbesondere von den Beratungsstellen der Oase e.V. und der Caritas zu erhalten, deren Klientel besonders häufig von sozialen Problemlagen (Niedriglohnjobs, Wohnungsprobleme, Arbeitslosigkeit etc.) betroffen ist. In diesem Fall wirkt sich das positive soziale Image des Bezirks durchaus negativ auf das vorhandene Beratungsangebot aus. Da Pankow einen geringen Anteil an Personen im sozialen Transferleistungsbezug hat, gilt der Bezirk als nicht wirklich bedürftig, was Integrationsarbeit angeht.

In den genannten Beratungsstellen wurde auch über die massive Bevölkerungsverdrängung berichtet, die aufgrund der Gentrifizierung des Bezirks in den vergangenen beiden Jahrzehnten stattgefunden hat. Von der Verdrängung aufgrund der Mietpreisentwicklung sind alle Gruppen in Pankow betroffen; MigrantInnen bilden hier keine Ausnahme. Häufig weichen diese Menschen in die benachbarten Bezirke Reinickendorf und Marzahn-Hellersdorf aus. Auch die Randsiedlungen des Bezirks werden zunehmend in diesen Gentrifizierungsprozess einbezogen. Es bleiben aber dennoch Nischen für ärmere MigrantInnen im Bezirk, z. B. durch die Arbeit als Au-pair. Bisweilen, so wurde berichtet, würden auch Ateliers unter der Hand als Wohnraum untervermietet werden.

Die Pankower Bezirksregionen



Integration in Kindertagesstätten und Schulen

Günstige Bildungsvoraussetzungen von Kindern mit Migrationshintergrund

Die Bildungsstatistik weist gegenwärtig eine niedrige Frequenz von SchülerInnen nichtdeutscher Herkunftssprache an den allgemeinbildenden Schulen des Bezirks aus. Im Schuljahr 2013/2014 betrug der durchschnittliche Anteil von SchülerInnen nichtdeutscher Herkunftssprache 10 % (Tabelle 5 auf Seite 41).¹⁷ Andererseits zeigen sich zunehmend steigende Zahlen von SchulanfängerInnen mit familiärem Migrationshintergrund im Bezirk, wie der jüngste Einschulungsbericht des Bezirks in der Ausgabe vom August 2013 belegt. Demnach ist der Anteil dieser SchulanfängerInnen seit 2005 von 3 % auf knapp 14 % im Jahr 2012 kontinuierlich angestiegen. Die Altersstruktur der Pankower Bevölkerung macht deutlich, dass in den kommenden Jahren im Bezirk immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund eingeschult werden. Mehr als 96 % dieser Kinder leben bereits von Geburt an in Deutschland, so dass migrantische SeiteneinsteigerInnen, die zumeist eine besondere Förderung benötigen, an den Pankower Schulen bislang die Ausnahme darstellen. Bei den SchülerInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zeigt sich eine breite Streuung der Herkunftsnationalitäten. Für den Bildungserfolg von Kindern mit Migrationshintergrund liegen hiermit gute Voraussetzungen vor.

In welcher Weise sich die steigenden Flüchtlingszuweisungen im Bezirk auch auf die schulische Situation auswirken und in welchem Ausmaß künftig BildungssiteneinsteigerInnen zu integrieren sein werden, ist gegenwärtig noch nicht abzusehen. Im November 2014 waren an 13 Schulen des Bezirks spezielle Lerngruppen für Neuzugänge in Pankow eingerichtet worden, die den Übergang insbesondere von Kindern aus Asylbewerberfamilien in den Regelunterricht vorbereiten sollen.

Gegenwärtig sind im Bezirk Pankow ca. 19.500 Kitaplätze verfügbar. Über die Betreuungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund in den Kindertageseinrichtungen des Bezirks waren keine Informationen erhältlich. Nach Auskunft des Fachdienstes 5 (Kindertagesbetreuung) verfügt der Bezirk selbst über keine verlässlichen Zahlen zum Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund und nichtdeutscher Herkunftssprache. Zwar wird bei der Anmeldung auf einen Kitaplatz die Familiensprache erfragt, doch wird diese Frage nicht immer zuverlässig beantwortet.

Bilinguale Kindertagesstätten erfreuen sich im Bezirk einer steigenden Nachfrage. Ihre Zahl steigt stetig und betrug im Sommer 2014 mindestens zehn Einrichtungen. Darunter befanden sich deutsch-russische, deutsch-englische, deutsch-französische, deutsch-chinesische, deutsch-spanische und deutsch-italienische Einrichtungen. Diese Betreuungseinrichtungen werden durch Elterninitiativen gegründet; verschiedenen Auskünften zufolge übersteigt die Nachfrage das Angebot bei weitem, so dass Eltern in Pankow auch auf bilinguale Kindertagesstätten in den benachbarten Bezirken ausweichen.

Das Integrationskonzept für den Bezirk, das 2011 verabschiedet wurde, hat sich vertieft mit der interkulturellen Öffnung der bezirklichen Bildungseinrichtungen befasst. Dabei wurden Defizite in der Wahrnehmung von und Sensibilisierung für interkulturelle Vielfalt in den Kitas und Schulen festgestellt. So erhalten beispielsweise PädagogInnen mit ausländischen Bildungsabschlüssen kaum eine Berufsanerkennung, so dass diese Einrichtungen eine weitgehend monokulturelle autochthone Personalstruktur aufweisen.

Die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in Kitas und öffentliche Schulen des Bezirks wird allgemein als gut bezeichnet. Diese SchülerInnen, die überwiegend aus bildungsnahen Familien stammen, erreichen die gesteckten Leistungsziele und erzielen durchschnittlich gute bis sehr gute Bildungsabschlüsse. Ihr Sprachstand im Deutschen entspricht weitgehend dem von MuttersprachlerInnen, da in vielen zugewanderten Familien Zweisprachigkeit die Regel ist.

¹⁷ SchülerInnen nichtdeutscher Herkunftssprache sind SchülerInnen, deren Mutter- bzw. Familiensprache nicht Deutsch ist, unabhängig von der Staatsangehörigkeit. Die Auslegung von nichtdeutscher Herkunftssprache wird in vielen Schulen den Eltern bei der Anmeldung des Kindes überlassen. Viele Eltern mit Migrationshintergrund geben Deutsch als Familiensprache an, da sie sonst Nachteile für ihre Kinder befürchten. Davon zu unterscheiden ist die statistische Erhebung nach Migrationshintergrund. Aufgrund dieser verschiedenen Erfassungskriterien wird die Differenz zwischen Pankower Kindern mit Migrationshintergrund im schulpflichtigen Alter in Tabelle 2 (S. 19) und der weitaus niedrigeren Frequenz von SchülerInnen nichtdeutscher Herkunftssprache in Tabelle 5 (S. 41) plausibel.

Defizite im Umgang mit Interkulturalität in den Kitas und Schulen

Aus den Gesprächen vor allem mit den VertreterInnen von Migrantenorganisationen wurde hingegen deutlich, dass darüber hinaus in den Pankower Kitas und Schulen der Umgang mit Interkulturalität und Vielfalt defizitär ist. Zwei Aspekte stehen dabei im Vordergrund: eine mangelnde Wertschätzung im Umgang mit Vielfalt einerseits sowie speziell mit Mehrsprachigkeit andererseits.

Der problematische Umgang mit Vielfalt zeigt sich in einer mangelnden Sensibilität für die verschiedenen Alltagskulturen der SchülerInnen. Dies reicht von Belehrungen darüber, wie ein Pausenbrot auszusehen habe (aus Vollkorn!), bis hin zu einem subtilen Druck einer nationalistischen Homogenisierung, der auf die SchülerInnen mit Migrationshintergrund ausgeübt wird. Berichtet wurde auch von Formen einer latenten Diskriminierung, mit denen Kinder einer anderen Hautfarbe konfrontiert sind. Die Schulen im Bezirk sind zudem nicht immer in der Lage, angemessen mit Fällen von Schülermobbing aufgrund der Herkunft oder der Hautfarbe umzugehen. LehrerInnen und PädagogInnen, so das Urteil einiger InterviewpartnerInnen, sollten weitaus besser als bislang in die Lage versetzt werden, die verschiedenen Spielarten von Rassismus und Diskriminierung zu erkennen und entsprechend handlungsfähig zu werden.

Die Interviewergebnisse zeigen weiterhin, dass dem Thema Mehrsprachigkeit eine immense Relevanz zukommt. Der gegenwärtige Umgang mit Mehrsprachigkeit bei SchülerInnen an den öffentlichen Schulen gilt als wenig wertschätzend. Vorschulkinder in den Kitas werden von ihren Erzieherinnen ignoriert oder gemaßregelt, wenn sie intuitiv ihre Familiensprache verwenden. Mehrsprachigkeit wird den Kindern zum Nachteil ausgelegt, wenn sie Fehler in der deutschen Sprache machen (»Du bist zweisprachig, du kannst es eben nicht besser.«). Die Orientierung an der (deutschsprachigen) Peer-group, aber auch mangelnde Wertschätzung führen dazu, dass viele Kinder aus zweisprachigen Familien im Laufe der Schulzeit das Interesse an der familiären Herkunftssprache verlieren. Dies aber bedeutet, dass hier ein in einer globalisierten Welt wertvolles Sprachpotenzial verloren geht. Wichtig ist der Erhalt der Mehrsprachigkeit bei Kindern mit Migrationshintergrund auch deshalb, weil eine gemeinsame Familiensprache in der Interaktion zwischen den Generationen eine hohe Bedeutung hat.

Erfahrungen zeigen hingegen einen positiven Effekt in solchen bezirklichen Bildungseinrichtungen, wo Kinder von engagierten LehrerInnen unterrichtet werden, die möglicherweise selbst zweisprachig aufgewachsen sind. Die Bilingualität vieler SchülerInnen wird dadurch in der Klasse stärker sichtbar und in einer positiven Weise akzeptiert. Auch die Möglichkeit, für mehrere SchülerInnen einer Herkunftssprache extracurricularen Sprachunterricht an der Schule einzurichten, sollte von den Schulleitungen im Bezirk besser unterstützt werden.

Das Thema Mehrsprachigkeit mobilisiert Elternengagement

Die Unterstützung von Mehrsprachigkeit ist für viele Familien mit Migrationshintergrund in Pankow ein wichtiges Thema. Die zahlreichen Elterninitiativen und Migrantenorganisationen im Bezirk, die sich dem Thema widmen, zeigen, dass MigrantInnen Wert auf eine möglichst qualifizierte Mehrsprachigkeit ihrer Kinder legen. Hier auch zeigt sich ein bemerkenswertes Elternengagement. So wurde vom Verein MaMis en Movimiento in Kooperation mit dem Arbeitskreis Neue Erziehung ein Curriculum zur Unterstützung von zweisprachiger Erziehung entwickelt.¹⁸ Es zielt darauf ab, die interkulturelle Kompetenz von Kita-Erzieherinnen für einen verbesserten Umgang mit Zweisprachigkeit zu erhöhen. Für die Umsetzung des Curriculums erhält die Initiative eine Unterstützung durch die Berliner Bildungsverwaltung. Mehrere russische Migrantenorganisationen betreiben zweisprachige Bildungsprogramme für Kinder verschiedener Altersstufen. Der Verein Karussell e.V. strebt dabei Kooperationen mit Schulen im Bezirk an, um das Bildungsangebot auch in die Schulen hinein zu verlegen. Bislang aber haben nur Schulen in freier Trägerschaft ein Interesse dafür gezeigt. In den Gesprächen wurde deutlich der Wunsch geäußert, auch von Seiten des Bezirks eine stärkere Unterstützung für die Förderung von Mehrsprachigkeit zu erhalten.

¹⁸ Das Curriculum trägt den Titel »Die zweisprachigen deutsch-spanischen Kindergärten als Mittel zur Integration multikultureller Familien in Berlin«.

Flüchtlingsaufnahme im Bezirk

Die steigende Flüchtlingszuwanderung erfordert eine vermehrte Unterbringung von Asylbewerbern auch in Pankow. Das im Land Berlin seit 2003 verfolgte Prinzip der dezentralen Unterbringung von Asylsuchenden und geduldeten Flüchtlingen in Einzelwohnungen lässt sich aufgrund der hohen Flüchtlingsneuzuweisungen gegenwärtig nicht mehr aufrechterhalten. Im Oktober 2014 bestanden im Bezirk Flüchtlingsunterkünfte in der Straßburger Straße (Prenzlauer Berg), Mühlenstraße (Pankow) und in der Falkenberger Straße (Weißensee). Eine bestehende Unterkunft in der Rennbahnstraße (Weißensee) soll bis Anfang 2015 zur Aufnahme weiterer Asylsuchender ausgebaut werden. Auch sind zusätzliche Standorte in Errichtung, beispielsweise eine Wohncontainersiedlung mit 480 Aufnahmeplätzen in Buch. Über die Zuweisungszahlen lagen keine genauen Auskünfte vor; sie dürften im Oktober 2014 bei knapp 1.000 Asylsuchenden liegen. Auch für das Jahr 2015 werden die Flüchtlingszuweisungen perspektivisch hoch bleiben. Die zuzugstärksten Herkunftsregionen bilden Syrien sowie Südosteuropa (Serbien, Mazedonien, Bosnien, Herzegowina). Um die Flüchtlingsunterkünfte ist eine Unterstützungsstruktur entstanden, die sich gegenwärtig noch im Aufbau und in der Ausweitung befindet (siehe S. 34).

Heterogene Bevölkerung mit hohem Bildungs- und Qualifikationspotenzial

Insgesamt präsentiert sich die MigrantInnenbevölkerung in Pankow sehr heterogen. Bereits lang ansässige MigrantInnen leben hier ebenso wie verschiedene Gruppen von Neuzugewanderten, die erst in den letzten Jahren hinzugekommen sind. Ein großer Teil der Migrationsbevölkerung ist mittlerweile eingebürgert. Dazu zählen auch die (Spät-)AussiedlerInnen, die sich in der zweiten Generation zunehmend bis zur Unauffälligkeit integriert haben. Viele von ihnen empfinden die pauschale Kategorisierung als »MigrantIn« mittlerweile als Diskriminierung.

Die Heterogenität zeigt sich auch in der räumlichen Verteilung der zugewanderten Bevölkerung. Die neuen Zuwanderungsbewegungen fokussieren sich auf den urbanen, gentrifizierten Innenstadtbereich, während die Randgebiete des Bezirks eher spärlich durch Migration geprägt sind. Soziostrukturell weisen MigrantInnen in Pankow ein enorm hohes Potenzial an Bildung und Kreativität auf.

Aber auch innerhalb der einzelnen Herkunftsgruppen zeigt sich eine große Heterogenität der Zuwanderer in Bezug auf den rechtlichen Status, die Situation auf dem Arbeitsmarkt, die Muttersprache, die räumliche Verteilung im Bezirk, die Altersstruktur sowie den Zugang zu sozialen Diensten und finanziellen Ressourcen. Um dieser Vielfalt gerecht zu werden, wird in der Sozialwissenschaft neben der klassischen Sozialstrukturanalyse mit einem Milieu-Ansatz gearbeitet. Darin werden solche Menschen in Milieus gruppiert, die sich in ihrer Lebensweise und in ihrer Lebensauffassung ähnlich sind;¹⁹ die ethnische Herkunft tritt dabei in den Hintergrund. Die Lebensrealität von Menschen lässt sich damit exakter erkennen und kulturelle und soziale Potenziale können besser identifiziert werden. Festgestellt wurde hierbei, dass Pankow (neben Charlottenburg und Mitte) zu den Berliner Bezirken mit einem hohen Anteil einer »Migrationselite« zählt. Diese »Elite« rekrutiert sich aus MigrantInnen, die so genannten ambitionierten und kreativen Milieus zugerechnet werden: zugewanderte Menschen mit einer starken intellektuell-kosmopolitischen Grundhaltung, leistungsorientiert, mit einem biculturellen Selbstverständnis. Die hiermit verbundenen Potenziale können als ein Ansatzpunkt für eine Integrations- und Vielfaltspolitik dienen, »die Migrantinnen und Migranten als Akteure und Koproduzenten in die politische Gestaltung mit einbezieht«.²⁰

19 Sebastian Beck 2011: Berliner Milieus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 7

20 Ebd., S. 15

Tabelle 1

Bevölkerung mit Migrationshintergrund (MH) in den Bezirksregionen (Stichtag: 31.12.2013)

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

	Ausländer		Deutsche mit MH		Gesamt	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Prenzlauer Berg	22.573	14,6 %	11.892	7,7 %	34.465	22,3 %
Prenzlauer Berg Nordwest	3.878	15,6 %	1.805	7,3 %	5.683	22,9 %
Prenzlauer Berg Nord	3.048	11,6 %	1.657	6,3 %	4.705	17,9 %
Helmholtzplatz	3.674	16,7 %	1.926	8,8 %	5.600	25,5 %
Prenzlauer Berg Ost	2.214	8,8 %	1.508	6,0 %	3.722	14,8 %
Prenzlauer Berg Süd	4.725	15,0 %	2.663	8,5 %	7.388	23,5 %
Prenzlauer Berg Südwest	5.034	20,1 %	2.332	9,3 %	7.366	29,4 %
Pankow	6.855	4,9 %	7.555	5,3 %	14.410	10,2 %
Buch	539	3,9 %	569	4,1 %	1.108	8,0 %
Blankenfelde, Niederschönhausen	1.201	4,6 %	1.276	4,9 %	2.477	9,5 %
Buchholz	510	3,0 %	1.143	6,7 %	1.653	9,7 %
Schönholz, Wilhelmsruh, Rosenthal	761	4,4 %	1.433	8,3 %	2.194	12,7 %
Pankow Zentrum	1.634	4,8 %	1.736	5,1 %	3.370	9,9 %
Pankow Süd	2.210	6,7 %	1.398	4,3 %	3.608	11,0 %
Weißensee	3.628	4,4 %	3.493	4,3 %	7.121	8,7 %
Karow	461	2,4 %	904	4,9 %	1.365	7,3 %
Blankenburg, Heinersdorf, Märchenland	305	2,1 %	508	3,6 %	813	5,7 %
Weißensee	2.163	6,3 %	1.566	4,6 %	3.729	10,9 %
Weißensee Ost	699	4,7 %	515	3,4 %	1.214	8,1 %
Pankow gesamt	33.056	8,8 %	22.939	6,1 %	55.995	14,9 %
Berlin gesamt	538.729	15,3 %	460.619	13,1 %	999.348	28,4 %

Tabelle 2

Herkunft der ausländischen StaatsbürgerInnen (Anteil an der Gesamtbevölkerung, Stichtag: 31.12.2013)

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

	Prenzlauer Berg		Buch	Pankow		Weißensee	
	Nord	Süd		Nord	Süd	Nord	Süd
Europa	9,30 %	12,49 %	2,79 %	2,72 %	4,01 %	1,70 %	4,20 %
Afrika	0,32 %	0,31 %	0,14 %	0,12 %	0,21 %	0,06 %	0,16 %
Amerika	1,53 %	2,19 %	0,27 %	0,34 %	0,45 %	0,13 %	0,38 %
Asien	1,61 %	1,90 %	0,60 %	0,73 %	0,70 %	0,37 %	1,00 %
Australien/Ozeanien	0,22 %	0,26 %	–	0,03 %	0,03 %	0,04 %	0,02 %
Sonstige	0,09 %	0,12 %	0,08 %	0,03 %	0,07 %	0,02 %	0,07 %

Aufnahme- und Beteiligungs- struktur

In diesem Kapitel wird die Aufnahme- und Beteiligungsstruktur für MigrantInnen aus dem Blickwinkel der vorhandenen Institutionen und Angebote analysiert. Hierzu zählen die Verwaltung und ihre Öffnung gegenüber migrantischen Belangen, die Wahrnehmung und Bekämpfung von Diskriminierung, die explizit mit Integration befassten politischen Gremien des Bezirks sowie der allgemeine Stand der Willkommenskultur.

Interkulturelle Öffnung der bezirklichen Einrichtungen

Interkulturelle Öffnung bedeutet im weitesten Sinne die Ausrichtung der öffentlichen Dienstleistungen auf eine durch Einwanderung sozial und kulturell vielfältig strukturierte Gesellschaft hin. Sie setzt die Einsicht voraus, »dass in jeder Gesellschaft unterschiedliche Gruppen mit unterschiedlichen Interessen leben und dass sich diese Gruppen in ihren Kommunikations- und Repräsentationsmitteln unterscheiden«. ²¹ Interkulturelle Öffnung bezeichnet eine Umsetzungsstrategie, wie diese Einsicht in ein konkretes Verwaltungs- und Dienstleistungshandeln umgesetzt wird.

Eine interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes umfasst mehrere Aspekte: Sie umfasst einen Wissens- und Kompetenzerwerb bei den Beschäftigten mit dem Ziel, die individuelle Reflexions- und Kommunikationsfähigkeit im Umgang mit einer vielfältigen »Kundschaft« zu steigern. Die Beschäftigten sollen aufgeschlossen gegenüber kultureller Verschiedenheit sein und dazu befähigt werden, die Potenziale und Schwierigkeiten von Diversität wahrzunehmen und angemessen zu reflektieren. Dabei ist es mit dem Erwerb von Wissen »über Kulturen« allein nicht getan, sondern interkulturelle Kompetenz bedeutet auch, Unsicherheit im Umgang mit Anderen aushalten und sich in die Rolle der Anderen hineinversetzen zu können. ²²

Interkulturelle Öffnung zielt auf die Herstellung einer internen Organisationskultur, die die Anforderungen einer sozial und kulturell vielfältigen Gesellschaft aufnimmt und darauf mit der Entwicklung angemessener Angebote, Kommunikationsformen und Verfahren reagiert. »Sie beruht auf der Annahme, dass sich eine gelebte Interkulturalität in der Gesellschaft auch in den Institutionen abbilden muss: Die bislang »mehrheitskulturell« geprägten einheimischen Institutionen sind so zu verändern, dass sie einer von Verschiedenheit geprägten Gesellschaft gerecht werden.« ²³

Interkulturelle Öffnung strebt eine Steigerung des Beschäftigtenanteils mit Migrationshintergrund auf allen Laufbahnebenen sowie eine größere Durchlässigkeit mit Blick auf den beruflichen Aufstieg von Beschäftigten mit Migrationshintergrund an. Da in den vergangenen Jahrzehnten ein massiver Stellenabbau im öffentlichen Dienst stattgefunden hat, ist dies für die meisten Kommunen lediglich eine eingeschränkte Option. Umso mehr ist daher die Aufmerksamkeit auf die Einbeziehung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in die Ausbildung von Nachwuchskräften zu richten. ²⁴ Hinsichtlich der Pankower Bezirksverwaltung ist dabei zu bedenken, dass laut dem Bericht an die Bezirksverordnetenversammlung zur Personalentwicklung 2014 das Durchschnittsalter der Beschäftigten im Bezirksamt mit 50,2 Jahren sehr hoch liegt und die interkulturelle Öffnung durch eine entsprechende Personalakquise dringend in die mittelfristige Personalplanung einbezogen werden sollte.

Keine stringente Strategie der interkulturellen Öffnung der Verwaltung

Das Partizipations- und Integrationsgesetz verpflichtet die Berliner Verwaltung darauf, in ihrem Zuständigkeitsbereich für eine gleichberechtigte Teilhabe und interkulturelle Öffnung zu sorgen. Die Entwicklung einer kohärenten Strategie zur interkulturellen Öffnung steht in Pankow noch am Anfang.

Die folgenden Informationen beruhen auf der jährlichen Berichterstattung des Bezirks zur Umsetzung des Partizipations- und Integrationsgesetzes:

Zur Förderung der interkulturellen Kompetenz in der Bezirksverwaltung enthalten alle Stellenausschreibungen und Ausbildungsangebote des Bezirksamts den Zusatz, dass Menschen mit Migrationshintergrund als Bewerber/innen erwünscht sind. Darüber hinaus wird interkulturelle Kompetenz in der Personalakquise und Personalentwicklung bislang nicht erfasst. Die Vermittlung interkultureller Kompetenz erfolgt bislang in Form von Inhouse-Veranstaltungen für Auszubildende. Die Beschäftigten des Bezirksamts werden auf die von der Verwaltungsakademie Berlin angebotenen Schulungen zur Diversity-Kompetenz sowie auf entsprechende Fortbildungsangebote beispielsweise der Landeszentrale für politische Bildung und des Antidiskriminierungsnetzwerks Berlin (ADNB) hingewiesen. Da es sich um eine freiwillige Teilnahme handelt, liegen keine Teilnahmezahlen vor. In Kooperation mit der Volkshochschule Pankow besteht für Beschäftigte der Bezirksverwaltung die Möglichkeit, in Sprachkursen ihre Englisch-Kenntnisse zu erweitern.

²¹ Hubertus Schröer, Sabine Handschuck 2012: Interkulturelle Orientierung und Öffnung. Augsburg, S. 43

²² Jutta Aumüller, Frank Gesemann 2014: Integrationspotenziale ländlicher Räume im Strukturwandel. Darmstadt: Schader-Stiftung, S. 13

²³ Ebd.

²⁴ Ebd., S. 13 f.

Zum Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Bezirksamt liegen keine Informationen vor, da ein Migrationshintergrund nicht erfasst wird. Erfasst wird dieser jedoch beim Abschluss neuer Ausbildungsverträge. In den vergangenen Jahren wurden mehrere Auszubildende mit Migrationshintergrund neu eingestellt: Im Ausbildungsjahrgang 2011 waren dies zwei von 26 neu Auszubildenden; 2012 fünf von 31 neu Auszubildenden und 2013 zwei von 19 neu Auszubildenden.

Seit 2013 beteiligt sich das Bezirksamt an dem Projekt »Vielfalt in der Verwaltung«. Es handelt sich dabei um ein Kooperationsvorhaben der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS), des Vereins »Eine Welt der Vielfalt« und der Bezirke Tempelhof-Schöneberg, Lichtenberg und Pankow. Das Ziel ist die Vermittlung von Diversity-Kompetenz im Umgang mit einer vielfältigen Bevölkerung. An der Umsetzung des Projekts arbeiten in Pankow die Integrationsbeauftragte, das Bürgeramt, die Gleichstellungsbeauftragte, der Behindertenbeauftragte, VertreterInnen der Personalentwicklung, des Büros der Bezirksverordnetenversammlung, des Tiefbau- und Landschaftsplanungsamts sowie des Jugendamts mit. Speziell mit Blick auf Menschen mit Migrationshintergrund wurden dabei Zielsetzungen für die Entwicklung einer Willkommenskultur, für eine auf die Verwaltung bezogene Antidiskriminierungsstrategie und für eine verbesserte psychosoziale Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund formuliert.

Das Amt für Weiterbildung und Kultur führt im Fachbereich Volkshochschule Integrationskurse im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge durch und bietet Deutschkurse in den Qualifikationsniveaus A 1 bis C 1.2 an. Bereits erwähnt wurde die Durchführung von Inhouse-Schulungen in der Fremdsprache Englisch als Weiterbildungsangebot für die Beschäftigten des Bezirksamts. Im Fachbereich Bibliotheken existieren eine mehrsprachige NutzerInnenordnung, ein englischsprachiger Katalog sowie ein mehrsprachiges Buch- und Medienangebot. Die Bibliothek am Wasserturm nimmt 2015 im Rahmen der EFRE-Förderung am Projekt »Bibliothek im Stadtteil« teil. Mithilfe dieser Mittel soll ein zielgruppenorientierter Ausbau der Angebote erfolgen, der sich vor allem an Kinder und Jugendliche sowie Familien mit zwei- bzw. fremdsprachigem Hintergrund wendet. Das Projekt reagiert damit auf die steigende Nachfrage nach fremdsprachiger Literatur und Angeboten, die durch den Zuzug von Familien mit multikulturellem und Migrationshintergrund und durch die Einrichtung von bilingualen Kitas im Umfeld der Bibliothek zu beobachten ist.

Insgesamt werden bei der interkulturellen Öffnung der Bezirksverwaltung folgende Problemanzeigen deutlich:

- Die starke Aufgabenverdichtung behindert eine breite Teilnahme an Angeboten zur interkulturellen Kompetenzerweiterung. Darüber hinaus konnte aufgrund einer restriktiven Einstellungspolitik der Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund bislang nicht erhöht werden.
- Notwendig wäre es, Freiräume und Mittel zur Verfügung zu stellen, die eine stärkere Beteiligung von Mitarbeitenden des Bezirksamts an interkulturellen Trainings ermöglichen könnten.
- Bislang sind in den Anforderungsprofilen von Leitungs- und Führungskräften interkulturelle Kompetenzen nicht verbindlich festgeschrieben. Ein erster Schritt hin zu einer interkulturellen Personalentwicklung wurde mittlerweile durch verbindliche Kompetenzschulungen für die Auszubildenden im öffentlichen Dienst des Bezirks gemacht.
- Interkulturelle Öffnung ist bislang nicht als verbindliches Querschnittsthema in der Verwaltung angelegt. Sie bleibt auf die freiwillige Initiative einzelner interessierter Beschäftigter und auf eine sporadische Projektförderung hin angelegt.
- Defizite sind zudem auch im Zusammenhang mit der noch mangelnden interkulturellen Öffnung auf Landesebene zu betrachten. Beispielsweise, so wurde berichtet, weise die Polizei vor Ort in Pankow keine migrantische Präsenz auf; auch die Feuerwehr nicht. Obwohl auf Landesebene gerade bei Polizei und Feuerwehr bereits gute Fortschritte in der Erhöhung des Anteils von Beschäftigten erzielt werden konnten, werde diese Öffnung im Bezirk nicht sichtbar und könne daher auch keine Vorbildfunktion entfalten.

Diskriminierung und Antidiskriminierungsstrategien

Mit Antidiskriminierung befasste Institutionen

Über das Ausmaß von struktureller Diskriminierung und Alltagsrassismus liegen keine konsistenten Daten vor. Die vom Bezirk finanzierte Netzwerkstelle [moskito] verzeichnet im »Pankower Register« rechtsextreme und rassistische Vorfälle und veröffentlicht diese in regelmäßigen Abständen. Dokumentiert werden tätliche Angriffe, Bedrohungen, Beleidigungen, Pöbeleien, Sachbeschädigungen und Propagandadelikte, die gemeldet werden und die sich in der Regel im öffentlichen Raum vollziehen. Bei den Tatmotiven überwiegen politische Selbstdarstellungen rechtsextremer TäterInnen, rassistische Übergriffe, Angriffe auf politische GegnerInnen sowie Aktivitäten, die den Nationalsozialismus verherrlichen.²⁵ Im Jahr 2013 waren die meisten dieser Vorfälle im Ortsteil Buch zu verzeichnen, gefolgt von den Bezirksregionen Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee. Nach Auskunft der Netzwerkstelle ist es darüber hinaus schwierig, das Ausmaß subjektiver Diskriminierung von MigrantInnen einzuschätzen, da im Pankower Register nur diejenigen Vorfälle erfasst sind, die dort gemeldet werden. Alltägliche Formen der Diskriminierung würden eher selten gemeldet, da die Registerstelle vielen MigrantInnen nicht bekannt sei und da diskriminierende Vorfälle aufgrund ihrer Häufigkeit von den betroffenen Personen vielfach als »normal« hingegenommen würden.

In den Ortsteilen Pankow und Weißensee-Heinersdorf existieren Lokale Aktionspläne, in deren Rahmen lokale Strategien zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verfolgt werden. Die Arbeit der Lokalen Aktionspläne ist bislang kaum mit dem Handlungsfeld Integration im Bezirk verknüpft. Gegenwärtig gibt es Bemühungen, im Rahmen der Lokalen Aktionspläne auch zur Gestaltung einer kommunalen Willkommenskultur beizutragen. Zur Teilnahme angesprochen werden dafür KünstlerInnen im Bezirk.

Der Bezirk beteiligt sich am Berliner Pilotprojekt »Anonymisierte Bewerbungsverfahren in der Berliner Verwaltung und den Landesbetrieben«, das von der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) geleitet wird. Erfahrungen damit lagen zum Zeitpunkt der Recherche noch nicht vor.

Diskriminierungserfahrungen von zugewanderten Menschen

In den Gesprächen mit den VertreterInnen der Pankower MigrantInnenorganisationen bildeten Erfahrungen von institutioneller Diskriminierung²⁶ und Alltagsrassismus²⁷ ein regelmäßiges Thema. Dabei wurden verschiedene Bereiche institutioneller Diskriminierung thematisiert. So wurde verschiedentlich über Diskriminierung in den Behörden des Bezirks berichtet. Diese äußern sich in Vorurteilen und einer unnötigen Überbürokratisierung bei KundInnen der Verwaltung, die nichtdeutscher Herkunft sind oder einen sichtbaren Migrationshintergrund haben. Beispielsweise haben Deutsche anderer Hautfarbe die Erfahrung gemacht, dass sie über die üblichen Personaldokumente hinaus noch zusätzliche Abstammungsnachweise vorlegen mussten, als sie eine Eheschließung anmelden wollten.

Aus der bezirklichen Beratungsstelle der Caritas kam die Auskunft, dass viele MigrantInnen Schwierigkeiten haben, sich auf den Ämtern verstanden zu fühlen. Besonders schwierig sei dies, wenn die deutsche Sprache nicht gesprochen wird. Viele Anträge auf Sozialleistungen würden abgelehnt, und bisweilen müsse man mit den KlientInnen bis vor das Sozialgericht ziehen, um berechnete Ansprüche durchsetzen zu können. Auch das Jobcenter wurde als eine häufige Quelle von Diskriminierung bewertet. Über junge SpanierInnen beispielsweise heißt es, dass viele von ihnen den Gang dorthin meiden würden, da sie dort schlechte Erfahrungen im Umgang mit ihnen gemacht hätten. Insbesondere die sprachliche Verständigung bilde eine ständige konfliktauslösende Ursache, wenn KundInnen etwa nur holprig Deutsch sprechen oder ins Englische ausweichen möchten. Es erscheint deshalb angeraten, BehördenmitarbeiterInnen verstärkt in interkultureller Kommunikation zu schulen und die Beherrschung von Fremdsprachen in den Behörden zu verbessern.

Im Zusammenhang mit neueren spanischen ImmigrantInnen wurde auch Benachteiligung auf dem Wohnungsmarkt genannt; doch kann diese Bewertung auch damit zusammenhängen, dass es generell schwierig ist, ohne einen festen Arbeitsvertrag einen Mietvertrag abzuschließen zu können.

²⁶ Als institutionelle Diskriminierung werden Formen der Benachteiligung bezeichnet, die von Institutionen der Gesellschaft, ihren Gesetzen, Normen und Handlungslogiken ausgehen, unabhängig davon, ob die Akteure innerhalb der Institutionen absichtsvoll handeln oder nicht.

²⁷ Alltagsrassismus bezeichnet die in der Gesellschaft weit verbreitete soziale Praxis, einem von der Mehrheitsgesellschaft konstruierten »Wir« eine Gruppe der »Anderen« entgegenzusetzen, welche in der Folge von einer gleichberechtigten Teilhabe an der Alltagswelt ausgeschlossen werden.

²⁵ Pankower Register zur Erfassung rassistisch, antisemitisch, homophob und rechtsextrem motivierter Vorfälle, Angriffe und Propaganda 2013

Tabelle 3

Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der entsprechenden Altersgruppe der Gesamtbevölkerung (Stichtag: 30.06.2014)

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

	0–6 Jahre	6–15 Jahre	15–18 Jahre
Prenzlauer Berg	33 %	30 %	24 %
Prenzlauer Berg Nordwest	31 %	26 %	29 %
Prenzlauer Berg Nord	30 %	29 %	25 %
Helmholtzplatz	33 %	30 %	17 %
Prenzlauer Berg Ost	31 %	28 %	25 %
Prenzlauer Berg Süd	34 %	30 %	21 %
Prenzlauer Berg Südwest	37 %	37 %	27 %
Pankow	19 %	17 %	11 %
Buch	14 %	12 %	13 %
Blankenfelde, Niederschönhausen	18 %	15 %	12 %
Buchholz	14 %	17 %	15 %
Schönholz, Wilhelmsruh, Rosenthal	24 %	22 %	26 %
Pankow Zentrum	18 %	16 %	10 %
Pankow Süd	18 %	17 %	12 %
Weißensee	17 %	17 %	17 %
Karow	13 %	11 %	14 %
Blankenburg/Heinersdorf/Märchenland	13 %	12 %	6 %
Weißensee	17 %	18 %	18 %
Weißensee Ost	16 %	15 %	15 %
Pankow gesamt	24 %	21 %	17 %
Berlin gesamt	45 %	46 %	41 %

Im alltäglichen Zusammenleben entfaltet sich Rassismus in einer breiten Variante von Ausprägungen, die von subtilen Formen bis hin zu massiver physischer Gewalt reichen. Drastische Beispiele wurden hier vor allem im Zusammenhang mit sichtbaren (Einwanderer-)Minderheiten und besonders mit Menschen dunkler Hautfarbe genannt. Von manchen Menschen, die sichtbar anders sind, werden die Randregionen des Bezirks gemieden, da sie dort rassistische Angriffe befürchten. Die Leiterin der Afro-deutsche Spielgruppe, eines Vereins, der insbesondere bikulturellen afro-deutschen Kindern und Jugendlichen Unterstützung bietet, berichtete, dass afro-deutsche oder auch schwarze deutsche Kinder im Bezirk kaum Schwierigkeiten mit den sprachlichen oder auch anderen Leistungsanforderungen haben, jedoch allein durch die Hautfarbe einer beständigen Stigmatisierung ausgesetzt sind. Auch seien LehrerInnen und PädagogInnen durchaus nicht durchweg immun gegen rassistische Verhaltensweisen. Im Verein versuche man in solchen Fällen, die betroffenen Personen an qualifizierte Fachleute in den entsprechenden Berliner Beratungseinrichtungen weiterzuleiten.

Im Gespräch mit der Beratungsstelle Oase e.V. wurde von Interviews berichtet, die vor einigen Jahren mit PassantInnen auf der Schönhauser Allee durchgeführt wurden. Die Befragten wurden gebeten, sich dazu zu äußern, was sie unter Integration verstünden. Hierbei sei ein hohes Maß an Ressentiments gegenüber Zuwanderung und an latenter Diskriminierung deutlich geworden. Zugleich aber konzentrieren sich Akzeptanzprobleme gegenüber zugewanderten Menschen offensichtlich auf die Bezirksregionen am Stadtrand, während der Altbezirk Prenzlauer Berg traditionell im Ruf einer Offenheit gegenüber neuen BewohnerInnen steht.

Auch wenn das genaue Ausmaß nicht zu bestimmen ist, muss doch von einer erheblichen Ausprägung institutioneller Diskriminierung und von Alltagsrassismus ausgegangen werden. Bestehende Ansätze einer Antidiskriminierung im Bezirk sollten daher besser gebündelt und stärker aufeinander bezogen werden.

Integrationspolitische Gremien des Bezirks

Innerhalb der Verwaltung setzt sich die Integrationsbeauftragte für die Belange der MigrantInnen im Bezirk ein. Über dieses Amt hinaus ist die Integrationsarbeit des Bezirks in verschiedenen Gremien institutionalisiert. Diese Gremien sollen zugleich eine angemessene Partizipation und Repräsentation von MigrantInnen im Bezirk gewährleisten. In Pankow existieren als formelle Gremien ein Integrationsausschuss und ein Integrationsbeirat. Ergänzt wird diese Struktur durch den Arbeitskreis der MigrantInnenprojekte, der von der Integrationsbeauftragten koordiniert wird und dem fachlichen Austausch dient.

Integrationsausschuss

Mit dem Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIntG) wurde die Einrichtung von Integrationsausschüssen in allen Berliner Bezirken verbindlich vorgesehen. Der Integrationsausschuss wird aus der Bezirksverordnetenversammlung heraus gebildet; neben den gewählten Verordneten sind Bürgerdeputierte hinzu zu wählen. Bürgerdeputierte sind sachkundige BürgerInnen, die die Arbeit des Ausschusses mit ihrer Kenntnis begleiten; sie müssen nicht zwingend über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen. Als Bürgerdeputierte für den Integrationsausschuss sollen laut PartIntG insbesondere BürgerInnen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden.

In Pankow besteht seit Anfang 2012 der Integrationsausschuss als ein regulärer und eigenständiger Ausschuss der Bezirksverordnetenversammlung (davor: Ausschuss für Gleichstellung und Integration). Der Ausschuss ist zuständig für die Kontrolle der Verwaltung in allen Angelegenheiten, die erhebliche Auswirkungen auf die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund haben. Er verfügt über einen eigenen Etat zur Förderung der Pankower MigrantInnenorganisationen und gestaltet die bezirkliche Politik mit, indem Anträge an die Bezirksverordnetenversammlung gestellt werden. Die Repräsentanz von Ausschussmitgliedern mit Migrationshintergrund wird in erster Linie über Bürgerdeputierte gewährleistet.

Integrationsbeirat

Integrationsbeiräte sind eine Form der politischen Beteiligung von MigrantInnen in öffentlichen Institutionen. Beiräte für Integration besitzen eine doppelte Funktion: Sie wirken beratend bei der Gestaltung von Integrationspolitik und bilden ein Repräsentationsgremium für Menschen mit Migrationshintergrund, welche – sofern sie nicht eingebürgert sind – nur über eingeschränkte politische Beteiligungsrechte verfügen. Sinn und Zweck von Integrationsbeiräten ist es, einen institutionalisierten Dialog zwischen VertreterInnen der Kommunalverwaltung und VertreterInnen von Eingewanderten zu führen.

In Pankow besteht seit mehreren Jahren ein Integrationsbeirat. Den Vorsitz über den Ausschuss führt der Bezirksbürgermeister; darin vertreten sind der Vorsitzende des Integrationsausschusses, jeweils ein Mitglied aus einer der Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung sowie 13 Mitglieder, die die mit Integration befassten Organisationen sowie die MigrantInnen im Bezirk vertreten. Darunter befinden sich auch unabhängige Einzelpersonen mit Migrationshintergrund. Die Mitglieder werden durch die Bezirksverordnetenversammlung gewählt. Der Beirat berät das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung in allen Angelegenheiten, die Menschen mit Migrationshintergrund im Bezirk betreffen.

An der gegenwärtigen Verfassung des Integrationsbeirats wurde in den Interviews vielfach Kritik geäußert. Diese bezieht sich im Wesentlichen auf zwei Argumente: Zum einen werde nicht ausreichend deutlich, inwieweit der Beirat die in Pankow lebenden MigrantInnen tatsächlich erreicht und an der politischen Gestaltung mitbeteiligt; es werden also Zweifel an der Repräsentativität geäußert. Eine zweite Kritik bezieht sich auf die unterschiedliche Einflussnahme der politischen VertreterInnen des Bezirks und der MigrantInnen auf die Beratungen im Beirat. Viele Diskussionen im Beirat, so eine kritische Stimme aus dem Kreis der GesprächspartnerInnen, seien innerpolitischer Natur und spiegeln die Parteienrivalitäten innerhalb der Bezirksverordnetenversammlung wider. Kritisiert wurde auch die formelle Struktur der Tagesordnung, die sich mit den Erwartungen der MigrantInnenvertreterInnen reibe; entsprechend schwach sei deren inhaltliche Beteiligung am Beirat. Die eigentliche Funktion des Beirats – die Beratung der BezirkspolitikerInnen durch die MigrantInnen und Ideenfindung für die bezirkliche Politik – werde nicht wahrgenommen. In seiner derzeitigen Gestalt mangle es ihm an Attraktivität, um externe sachkundige Personen, die grundsätzlich zu den Beratungen willkommen sind, mit ihrer Kompetenz an den Beirat zu binden.

Ergänzend zu den Sitzungen des Integrationsbeirats wird gegenwärtig mit einem Stakeholder Dialog ein informell gehaltenes Format getestet, das auf eine verbesserte politische Ansprache der MigrantInnen in Pankow abzielt.

Die unterschiedlichen Zuständigkeiten von Integrationsausschuss und Integrationsbeirat werden anhand der Geschäftsordnung bzw. des Bezirksverwaltungsgesetzes nicht deutlich. Um die Arbeit dieser Gremien zu verbessern, wäre es sinnvoll, eine klare Definition über deren jeweilige Kompetenzen herbeizuführen. Dies gilt in besonderer Weise für den Integrationsbeirat, der sich gegenwärtig in einem Erneuerungsprozess befindet und einen entsprechenden Orientierungsrahmen benötigt.

Arbeitskreis der MigrantInnenprojekte

Von eher informeller Art ist der Informationsaustausch, der im Rahmen des Arbeitskreises der MigrantInnenprojekte stattfindet. Hierbei handelt es sich um einen Kreis, der sich aus VertreterInnen der MigrantInnenorganisationen und der Wohlfahrtsverbände im Bezirk zusammensetzt und der von der Integrationsbeauftragten einberufen und koordiniert wird. Er verfügt über keine formelle Beratungsfunktion, sondern dient dem fachlichen Austausch zwischen den Organisationen der Migrationsarbeit. In seinen Beratungen setzt er thematische Schwerpunkte; gegenwärtig ist dies der Schwerpunkt Mehrsprachigkeit. Der Arbeitskreis verfügt in dieser Funktion über eine hohe Wertschätzung bei den daran beteiligten MigrantInnenorganisationen.

Keine effiziente Repräsentation von MigrantInnen

Nimmt man die hier vorgestellten integrationspolitischen Gremien zusammen, so verfügt Pankow über eine differenzierte organisatorische Grundstruktur zur Repräsentation von MigrantInnen im politischen Prozess. Allerdings scheint diese nur partiell effizient zu sein. Dies gilt in erster Linie für den Integrationsbeirat, der eher die politischen Konfliktlinien innerhalb der Bezirksverordnetenversammlung abbildet denn die Interessen der im Bezirk lebenden MigrantInnen. Es muss eine Diskussion darüber geführt werden, wie diese Schiefelage korrigiert werden kann, um das Gremium nicht zur völligen Paralyse verkommen zu lassen. Möglicherweise könnte ein ergänzender strukturierter Dialog mit einer flexiblen Themensetzung sinnvoll sein, der ohne dominierende politische GremienvertreterInnen auskommt und gegenwärtig getestet wird. Für einen verbesserten Austausch zwischen Politik und Verwaltung einerseits und den MigrantInnen im Bezirk andererseits werden künftig innovative Ideen gefragt sein.

Neuzuwanderung und Willkommensstruktur

Anerkennungs- und Willkommenskultur sind gegenwärtig oft diskutierte Schlagworte in der deutschen Integrationsdebatte. Dabei geht es nicht nur darum, Deutschland als ein Einwanderungsland attraktiv zu machen, sondern es geht zugleich um einen fundamentalen Perspektiven- und Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik. Im Vordergrund stehen die Potenziale und nicht mehr allein die Integrationsbedarfe und Problemlagen von zugewanderten Menschen.

- Eine Willkommenskultur bezieht sich auf verschiedene Phasen des Zuwanderungsprozesses.²⁸ Die ersten beiden Phasen sind die der Migrationsentscheidung, die noch im Herkunftsland fällt, und die Phase der Erstorientierung am Zuwanderungsort. In einer dritten Phase geht es um die langfristige Etablierung am Zuwanderungsort; die Konzentration liegt nun stärker auf der Anerkennung mitgebrachter Kompetenzen durch die Aufnahmegesellschaft, zum Beispiel in den Bereichen Sprache, Kultur oder berufliche Qualifikation. Von der bloßen Aufnahme von MigrantInnen unterscheidet sich eine Willkommenskultur dadurch, dass sie eine neue Sichtweise ermöglicht: weg von der Frage, was Zuwanderer tun sollen, um sich besser zu integrieren, hin zu der Frage, was Staat und Gesellschaft tun können, um Zuwanderung und Vielfalt stärker als Bereicherung anzuerkennen und wertzuschätzen.²⁹
- Eine Willkommenskultur ist nicht allein auf die Ausgestaltung der Ausländerbehörde bezogen. Sie umfasst unterschiedliche Ebenen, die von Maßnahmen zur Bekämpfung von Vorurteilen über die Förderung von Begegnungen zwischen autochthoner Bevölkerung und Zugewanderten, die interkulturelle Öffnung von Organisationen und Institutionen bis zur Entwicklung einer potenzialorientierten Integrationspolitik und einer wertschätzenden Kommunikation im Umgang mit Vielfalt reichen.³⁰ Innerhalb der Verwaltung bedeutet Willkommenskultur, die Informationsstruktur für hinzu ziehende Menschen zu verbessern, indem die notwendigen Formalitäten der Wohnsitzanmeldung, der Einholung einer Aufenthaltserlaubnis, einer Arbeitserlaubnis etc. mit Informationen über Integrationsangebote in der Kommune in einem einheitlichen Verwaltungsangebot zusammengelegt werden.

Elemente einer Anerkennungs- und Willkommenskultur in der Kommune sind beispielsweise die Einrichtung von Integrationsportalen, die Schaffung zentraler Servicestellen für Zuwanderer, mehrsprachige Willkommensaktionen und Einbürgerungsfeiern etc.³¹

- Nach Einschätzung der GesprächspartnerInnen findet kaum eine wertschätzende Wahrnehmung der enormen Zuwanderung, auch aus dem Ausland, und der damit verbundenen Vielfalt und Potenziale durch die Institutionen im Bezirk statt. Als ein Indiz hierfür wurde die fehlende Kooperation der verschiedenen mit der Aufnahme von Neuzuwanderern befassten Ämter, einschließlich Schulen, angeführt. Im Bürgeramt werde ausschließlich Deutsch gesprochen. Es ist kein Willkommenspaket für eine erleichterte Erstorientierung vorhanden. Es existiert im Bezirk keine Migrationsberatungsstelle. Sofern Schwierigkeiten auftreten, werden MigrantInnen an das Beratungsangebot der Oase e.V. oder der Caritas weiter verwiesen. Aufgrund dieser Defizite wurde in vielen Gesprächen der Aufbau einer systematischen Willkommensstruktur angefordert.
- Spürbar ist der Mangel an Willkommen und Anerkennung auch für solche MigrantInnen, die bereits längere Zeit in Pankow leben. Die bezirkliche Integrationspolitik beschränke sich darauf, »zu präsentieren, dass man Migranten hat«, und dies in einer eher folkloristischen, ethnisierenden Weise. Eine Willkommenskultur, die diesen Namen verdiente, gebe es hingegen nicht.

28 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Willkommenskultur und Anerkennungskultur. Nürnberg 2011
<http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2011/20110519-nuemberger-tage-integration-willkommenskultur.html>

29 Aumüller, Gesemann [Anm. 22], S. 55

30 Ebd., S. 57

31 Frank Gesemann, Roland Roth, Jutta Aumüller 2012: Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland. Berlin: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration/Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, S. 112

Bürgerschaftliches Engagement von und für MigrantInnen

In diesem Kapitel werden die verschiedenen Formen des bürgerschaftlichen Engagements von MigrantInnen im Rahmen von Migrantenorganisationen und im Rahmen ihres allgemeinen zivilgesellschaftlichen Engagements beschrieben. Weiterhin untersucht wird das bürgerschaftliche Engagement für MigrantInnen in Pankow. Die Informationen beruhen auf Gesprächen mit MigrantInnen, VertreterInnen von Migrantenorganisationen sowie mit MitarbeiterInnen in verschiedenen Freiwilligenagenturen.

Was bedeutet bürgerschaftliches Engagement?

Bürgerschaftliches Engagement erfolgt innerhalb verschiedener Engagementkulturen

»Engagement« ist ein Oberbegriff für vielfältige Formen der Beteiligung. Die Enquete-Kommission »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« definiert Engagement als »eine freiwillige, auf das Gemeinwohl hin orientierte, kooperative Tätigkeit. Sie entfaltet sich in der Regel in Organisationen und Institutionen im öffentlichen Raum der Bürgergesellschaft.«³²

Der Übergang zwischen bürgerschaftlichem Engagement und politischer Partizipation – letztere wird ab Seite 37 gesondert betrachtet – ist fließend. Anschaulich wird dies bereits anhand des Aktivitätsradius der MigrantInnenorganisationen im Bezirk. Eher auf die eigene Mitgliedschaft gerichtete kulturelle und soziale Aktivitäten spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Beteiligung an öffentlichen Gremien (z. B. dem Integrationsbeirat) und die Mobilisierung einer öffentlichen Lobbyarbeit für die eigenen Ziele. In jedem Fall ist es wichtig, den grundsätzlich gesellschaftsgestaltenden und von daher auch tendenziell politischen Charakter dieser Aktivitäten von MigrantInnen zu begreifen.

Wissenschaftlich belegt ist, dass bürgerschaftliches Engagement eng mit dem Einkommen, dem Bildungs- und Erwerbsstatus einer Person zusammenhängt. Zu den Gruppen, die sich signifikant häufiger engagieren, gehören Erwerbstätige und Menschen mit einem hohen Bildungsstatus und/oder einem hohen Einkommen. Festgestellt wurde zudem, dass sich Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund und BürgerInnen in den neuen Bundesländern weniger freiwillig engagieren.³³

Bürgerschaftliches Engagement benötigt zwei Vorbedingungen, die in der Sozialforschung mit den Begriffen »systemische« und »lebensweltliche Passung« bezeichnet werden. Systemische Passung meint, dass Zugänge zur politischen und öffentlichen Sphäre häufig mit bestimmten Vorbedingungen verknüpft sind, um daran teilnehmen zu können – ob das die Fähigkeit zur angemessenen sprachlichen Artikulation, ein bestimmtes Auftreten oder ein bestimmtes gesellschaftliches Ansehen ist, um Anerkennung zu finden. Um das verminderte Engagement von MigrantInnen zu verstehen, dürfen nicht nur gruppenbezogene Merkmale (wie die »andere Kultur«) bemüht werden, sondern müssen auch solche Barrieren in Betracht gezogen werden, die in der Eigenwahrnehmung von Personen innerhalb des Systems gar nicht existieren, in der Fremdwahrnehmung derjenigen, die »draußen« sind, aber durchaus schon.³⁴

Lebensweltliche Passung meint, dass sich über das Engagement auch Bezüge zur eigenen biografischen und lebensweltlichen Situation herstellen lassen müssen, damit sich Personen engagieren. Bürgerschaftliches Engagement erwächst häufig aus der eigenen Lebensbewältigung heraus. Eine Beteiligung in Vereinen und Verbänden wird zudem nur da erfolgen, wo bereits positive Erfahrungen damit gesammelt wurden. In jedem Fall müssen Herkunftserfahrungen und soziale Milieus mit bedacht werden, wenn es um das Verständnis und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund geht.

Zu berücksichtigen sind drittens auch unterschiedliche Engagementkulturen, unabhängig von der nationalen Herkunft: »Menschen engagieren sich mit Gleichgesinnten – mit Menschen, die nicht nur ähnliche Vorstellungen über die Ziele dieses Engagements haben, sondern auch über die Wege, die zu diesem Ziel führen sollen.«³⁵ Dies gilt auch für Menschen, die aufgrund ihrer nationalen und sozialen Herkunft unterschiedliche Erfahrungen mit und Wertschätzung von bürgerschaftlichem Engagement mitbringen.

32 Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« 2002: Bericht. Bürgerschaftliches Engagement. Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen, S. 90

33 Thomas Gensicke, Sibylle Picot, Sabine Geiss 2005: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München

34 Chantal Munsch, 2010: Engagement und Diversity. Der Kontext von Dominanz und sozialer Ungleichheit am Beispiel Migration. Weinheim/München: Juventa, S. 108 ff.

35 Ebd., S. 152

Formen des bürgerschaftlichen Engagements von MigrantInnen

Bürgerschaftliches Engagement von und für MigrantInnen spielt sich in unterschiedlichen Formen ab:

- im Rahmen eigenständiger Verbandsgründungen, den so genannten Migrantenorganisationen;
- durch Beteiligung von MigrantInnen an Engagementmöglichkeiten in einem mehrheitsgesellschaftlichen Rahmen, so beispielsweise auch in herkunftsdeutschen Vereinen.

Bürgerschaftliches Engagement kann auch für MigrantInnen stattfinden. Ein signifikantes Beispiel in Pankow hierfür ist das gegenwärtig vielfältige Engagement in der Flüchtlingsaufnahme.

Migrantenorganisationen in Pankow

Geringe Anzahl von Migrantenorganisationen

Migrantenorganisationen, auch Migrantenselbstorganisationen genannt, sind Vereine oder Initiativen, »(1) deren Ziele und Zwecke sich wesentlich aus der Situation und den Interessen von Menschen mit Migrationsgeschichte ergeben und (2) deren Mitglieder zu einem Großteil Personen mit Migrationshintergrund sind und (3) in deren internen Strukturen und Prozessen Personen mit Migrationshintergrund eine beachtliche Rolle spielen«.³⁶

Im Vergleich mit anderen Berliner Bezirken ist die Zahl der Migrantenorganisationen in Pankow gering. Einige dieser Organisationen wurden bereits in den 1990er Jahren gegründet, als nach der deutschen Vereinigung Migration und Integration erstmals ein öffentliches Thema im Bezirk wurden. Zu den Vereinsgründungen dieser Zeit zählen Oase e.V., Club Asiaticus e.V. mit dem Frauenprojekt Vinaphunu und Xochicuicatl e.V. Diese Vereine füllten eine Beratungslücke, die sich nach der Wende in besonderer Weise für die ehemaligen VertragsarbeiterInnen der DDR aufat. Im Frauenprojekt Vinaphunu versammelten sich vietnamesische Vertragsarbeiterinnen, die bis heute noch eine wichtige Mitgliedsgruppe bilden. Xochicuicatl war in seiner Gründungsphase zunächst ein Treffpunkt für lateinamerikanische Frauen, von denen viele in den 1970er-Jahren als politische Flüchtlinge, z. B. aus Chile, in die DDR gekommen waren.

Im letzten Jahrzehnt sind weiterhin neue Migrantenorganisationen in Pankow entstanden, in denen sich die neuen Zuwanderungsbewegungen in den Bezirk abbilden. Die meisten Vereine sind auf mehr als eine Zielsetzung und Funktion ausgerichtet. Dennoch finden sich in den einzelnen Vereinen immer Schwerpunkte der Arbeit, die eine Typologie erkennbar werden lassen.

Verschiedene Typen von Migrantenorganisationen

Bei den Migrantenorganisationen im Bezirk fallen mehrere strukturelle Merkmale auf: Nur ein Teil dieser Organisationen sind tatsächlich Migrantenselbstorganisationen mit einer überwiegend migrantischen Mitgliederstruktur. Unter ihnen dominieren herkunftshomogene Vereine, besonders russisch-, polnisch-, vietnamesisch- und latinostämmiger MigrantInnen. Ihre Zielsetzung ist es, die Interessen von MigrantInnen im Bezirk zu artikulieren; allerdings vertreten sie nicht den Anspruch, für die Menschen der eigenen Herkunfts-Community repräsentativ zu sein. So sind in den bestehenden Migrantenorganisationen kaum (Spät-)AussiedlerInnen zu finden.

Einige davon verstehen sich als Kulturvereine von MigrantInnen, die einen dezidierten Bildungs- und intellektuell-künstlerischen Anspruch vertreten. Sie wenden sich nicht ausschließlich an die eigene Herkunfts-Community, sondern darüber hinaus an alle an der spezifischen Kultur interessierten Personen. Beispielhaft dafür seien das Polnische Sprachcafé und Karussell genannt.

Eine andere Zielsetzung verfolgen hingegen die verschiedenen Beratungsprojekte für MigrantInnen im Bezirk – teilweise muttersprachlich ausgerichtet, teilweise nicht –, die einen klientelistisch geprägten Zugang zu MigrantInnen haben. Sie sind ein Ausdruck dafür, dass es im Bezirk selbst keine Regelstruktur für die Beratung von MigrantInnen gibt. Diese Vereine sind meist nicht mitgliederstark, sondern bedienen Beratungssuchende, die eine individuell eher lockere bis hin zu einer stärkeren Bindung an den Verein ausbilden. Die Interessenvertretung nach außen spielt eine eher untergeordnete Rolle. Teilweise sind dies auch Vereine oder Projekte, die von herkunftsdeutschen Personen für MigrantInnen betrieben werden.

Einen dritten Typus bilden Vereine, die einen klaren Empowerment-Ansatz und Lobbyanspruch verfolgen und die in ihrem Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe hin ausgerichtet sind. Dazu zählen Organisationen wie MaMis en Movimiento, die Afro-Deutsche Spielgruppe oder auch Karussell. Bei diesen Vereinen und Initiativen spielen Migrantinnen und ihre spezielle Lebenssituation als Frauen in der Familienphase eine treibende Rolle.

³⁶ Ludger Pries 2013: Migrantenselbstorganisationen – Umfang, Strukturen, Bedeutung. Fokus Migration, Kurzdossier Nr. 21. Osnabrück/Berlin: IMIS/Bundeszentrale für politische Bildung, S. 1

Der Verein MaMis en Movimiento wurde 2009 von Frauen lateinamerikanischer Herkunft gegründet. Es handelt sich bei ihnen überwiegend um Akademikerinnen mit kleinen Kindern, die einen beruflichen Einstieg in Berlin suchen. In dieser Struktur ist er vergleichbar mit dem aus einer Elterninitiative entstandenen Verein Karussell, der sich überwiegend auf die russischsprachige Community im Bezirk bezieht und sich als ein außerschulisches Bildungszentrum versteht. Die Afro-Deutsche Spielgruppe wiederum widmet sich dem Abbau von Diskriminierung gegenüber Menschen anderer Hautfarbe.

Gerade die jüngeren Vereinsgründungen in Pankow konstituieren einen neuen Typus von beteiligungsorientierten MigrantInnenorganisationen, auf die sich einen näheren Blick zu werfen lohnt. Karussell beispielsweise ist 2005 aus einer Elterninitiative entstanden und widmet sich seit Beginn dem Thema Mehrsprachigkeit. Die ursprüngliche Motivation der Vereinsgründerinnen war es, für die eigenen Kinder ein ergänzendes russischsprachiges Bildungsangebot aufzubauen. Durch Vernetzung stieg die Nachfrage nach russischen Sprach-, Kultur- und Freizeitangeboten ständig, so dass eine Öffnung des Vereins über die Gründerinnengruppe hinaus erfolgte. Der stetig zunehmenden Nachfrage nach den Angeboten stehen begrenzte personelle Ressourcen des Vereins und eine häufig schwierige Raumsituation gegenüber. Alle aktiven Frauen arbeiten unentgeltlich.

MaMis en Movimiento ist eine Gründung von Frauen lateinamerikanischer Herkunft mit einem vielfältigen Angebot an Aktivitäten, wobei die Berufsförderung von Frauen und die Förderung einer bikulturellen Bildung eine besondere Rolle spielen. Der Verein betreibt hierzu eine strategisch angelegte Vernetzungs- und Lobbyarbeit. Angestrebt wird nicht primär die Vernetzung mit anderen MigrantInnenorganisationen, sondern man bewegt sich gezielt auf die öffentlichen Regelinstitutionen zu, um Dinge voranzubringen. Gemeinsam mit dem Berliner Arbeitskreis Neue Erziehung wurde ein Curriculum zur zweisprachigen Erziehung entwickelt, dessen Umsetzung von der Bildungsverwaltung des Berliner Senats unterstützt wird. Darüber hinaus geht es in den Angeboten darum, Frauen zu unterstützen, die wirtschaftlich aktiv und erwerbstätig sein möchten. Die Förderung der persönlichen Potenziale steht dabei im Vordergrund.

Hervorzuheben ist der Anspruch dieser Vereine, eine qualitativ hochwertige, professionelle Arbeit für die Gesellschaft insgesamt zu leisten und nicht lediglich eine ethnische Nische zu bedienen: »Wir leisten einen Beitrag auch zur deutschen Gesellschaft. Wir schaffen die nächste Generation deutscher Bürger. Das ist ein Luxus für diese Gesellschaft.«³⁷ Die Aktivitäten erfolgen in dem Bewusstsein, damit unentgeltlich einen Beitrag zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung insgesamt zu leisten.

Der größere Teil der MigrantInnenorganisationen im Bezirk ist wenig auf Interkulturalität ausgelegt. Auch das Interkulturelle Haus Pankow präsentiert sich gegenwärtig als ein loser Zusammenschluss von Vereinen und Projekten, die als Mietparteien in demselben Gebäude ansässig sind. Eine Vernetzung erfolgt innerhalb des Bezirks vornehmlich über den Arbeitskreis der MigrantInnenprojekte bei der Integrationsbeauftragten und über den Integrationsbeirat (siehe S. 26). Projektbezogene Kooperationen zwischen den Vereinen bilden bislang noch die Ausnahme. Vereine, die sich auf die Beratung von MigrantInnen fokussieren, weisen aber bei Bedarf auf die Angebote der anderen Vereine hin.

Reichweite der MigrantInnenorganisationen und ihre Ausstattung

Die räumliche Reichweite der MigrantInnenorganisationen ist unterschiedlich und bezieht sich in kaum einem Fall ausschließlich auf den Bezirk Pankow. Insbesondere bei den auf Beratungsleistungen spezialisierten Vereinen kommt ein Großteil der KlientInnen auch aus den angrenzenden Bezirken und bisweilen auch darüber hinaus. Beispielsweise berichtete die Vorsitzende der Deutsch-Armenischen Initiative, dass das Beratungs- und Unterstützungsangebot in armenischer Sprache von KlientInnen über Berlin hinaus wahrgenommen wird. Die Arbeit in transnationalen Netzwerken scheint bei den Pankower Vereinen keine Rolle zu spielen; so wurde kaum über besondere Beziehungen der Vereine zu den Herkunftsländern der MigrantInnen berichtet.

Die Vereine unterscheiden sich in ihrer Ausstattung deutlich voneinander. Einige von ihnen verfügen über eine institutionelle Förderung und sind dadurch in der Lage, eigene Räume zu unterhalten und eine oder mehrere hauptamtliche Stellen zu finanzieren. Xochicuicatl und Club Asiaticus erhalten eine institutionelle Förderung durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen (Frauenförderung); Oase erhält eine Förderung durch das Integrationslotsenprogramm in derselben Senatsverwaltung. Andere Vereine wiederum können allenfalls auf sporadische Projektförderungen in eher bescheidenem Umfang zurückgreifen. Sie verfügen über keine eigenen Vereinsräume und sind bei ihren Aktivitäten auf die Nutzung von Räumen in Stadtteilzentren, Kirchengemeinden oder anderen Einrichtungen angewiesen. Gerade die prekäre Raumfrage erweist bei diesen Vereinen als die größte Barriere, eine kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten.

³⁷ Gespräch mit Marita Orbegoso Alvarez, MaMis in Movimiento, am 07.07.2014

In ihrer gegenwärtigen Gestalt bilden die Migrant*innenorganisationen in Pankow die tatsächlich im Bezirk lebende Migrant*innenbevölkerung nur unzureichend ab. So finden sich beispielsweise keine Organisationen von neuen EU-Migrant*innen. Nach Möglichkeit nehmen diese die verfügbaren Beratungsangebote in den bestehenden Organisationen Anspruch. Spanier*innen beispielsweise nutzen das Beratungsangebot von Xochicuicatl mit. Trotz der nur unvollständigen Repräsentativität sind die Migrant*innenorganisationen eine wichtige Basis, um die Partizipation von Migrant*innen mittels einer Empowerment-Strategie zu fördern. Als Ansprechpartner für die Verwaltung stellen sie sich als unverzichtbar dar.

Unterstützungsbedarfe der Migrant*innenorganisationen

Aus ihrer Sicht benötigen die Migrant*innenorganisationen eine bessere Ressourcenausstattung sowie eine externe Unterstützung bei der Qualifizierung und Professionalisierung ihrer Arbeit. Die Integrationsarbeit des Bezirks ist gegenwärtig stark darauf fokussiert, die Arbeit der Migrant*innenorganisationen zu stärken. Dieser Ansatz erscheint nach dem Stand der Dinge sinnvoll. Über den Arbeitskreis der Migrant*innenprojekte und den Integrationsbeirat werden der Austausch und die Vernetzung zwischen den Vereinen gefördert. Der Bezirk vergibt zudem Mittel für die Projektarbeit der Migrant*innenorganisationen. Im Jahr 2015 wird zusätzlich ein Projekt zur Fachberatung von Migrant*innenorganisationen vom Bezirk finanziert.

Schließlich ist auch die Schaffung einer Anerkennungskultur ein wichtiges Stichwort, um die Arbeit der Migrant*innenorganisationen zu stärken. Es sollten mehr institutionalisierte Möglichkeiten geschaffen werden, in denen die Aktivitäten von Migrant*innen sichtbar werden. Dabei sollte nicht das »Andere« im Vordergrund stehen, sondern der gesamtgesellschaftliche Beitrag, den die Migrant*innenorganisationen leisten. Die Gesprächspartnerin von MaMis en Movimiento drückte dies in folgenden Worten aus: »Für uns ist es klar: Wir sind ein deutscher Verein, der sich aus Immigrant*innen zusammensetzt. Wir sind hier gesetzlich verankert. Diese neuen Identitäten müssen gesellschaftlich wahrgenommen und kultiviert werden. Ich will gar nicht gefragt werden, was wir brauchen. Sondern diese Gesellschaft soll wahrnehmen, was wir ihr schenken.«³⁸

Zivilgesellschaftliches Engagement von Zugewanderten

Für Pankow lassen sich folgende Merkmale des bürgerschaftlichen Engagements von Migrant*innen in und außerhalb der Migrant*innenorganisationen feststellen:

Schwerpunkt im Nahbereich und Wohnumfeld

Das bürgerschaftliche Engagement konzentriert sich auf den familiären Nahbereich sowie auf das Wohnumfeld. Die gesellschaftliche Beteiligung der Migrant*innen im Bezirk konzentriert sich auf Bildungsthemen im Bereich von Kitas und Schulen, auf solche Themen also, die die unmittelbaren Interessen von Familien mit Kindern betreffen. Insbesondere russischsprachige Migrant*innen zeigen sich stark in der Elternarbeit engagiert. Auch die Ausgestaltung eines kinder- und familienfreundlichen Wohnumfeldes initiiert ein hohes Maß an Engagement von Migrant*innen. Dabei erweist sich kiezbezogenes Engagement, das insbesondere in Prenzlauer Berg zu beobachten ist, rückgebunden an eine soziale Mittelschicht. Die nationale Herkunft spielt hingegen bei dieser Form der aktiven Beteiligung keine besondere Rolle.

Unterschiede beim Engagement von Migrant*innen

Bürgerschaftliches Engagement unterscheidet sich auch bei Migrant*innen deutlich nach soziokulturellen Milieus. Auch die Wohnlage innerhalb des Bezirks scheint einen signifikanten Einfluss auszuüben. Der allgemein hohe Bildungsgrad von Migrant*innen in Pankow wirkt sich auch auf das bürgerliche Engagement aus, das überwiegend in akademischen Mittelschichtsmilieus angesiedelt ist. Allerdings zeigen sich innerhalb des Bezirks große räumliche Differenzen. Nahezu alle Migrant*innenorganisationen im Bezirk sind in Prenzlauer Berg angesiedelt. Anders stellt sich die Situation für die Altbezirke Pankow und Weißensee mit ihren wesentlich geringeren Migrant*innenanteilen an der Bevölkerung dar. Die migrantische Bevölkerung dort wird dominiert von deutschen Personen mit Migrationshintergrund. In diesen Bezirksregionen erfolgt Bürgerbeteiligung stärker über traditionelle Strukturen, wie die Kirche, Sport- und andere Vereine sowie über die Bürger- und Nachbarschaftshäuser. In den Stadtteilzentren in Buch und Karow, wo Gespräche geführt wurden, sind Migrant*innen nur wenig präsent; Männer mit Migrationshintergrund werden von den Angeboten gar nicht erreicht.

³⁸ Gespräch mit Marita Orbegoso Alvarez, MaMis in Movimiento, am 07.07.2014

Netzwerke und Selbsthilfe unter MigrantInnen

Informelle Netzwerke und Selbsthilfe spielen unter MigrantInnen eine große Rolle. Aus vielen Migranten-Communities wird über ein hohes Ausmaß an Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfe und informellem Engagement innerhalb der Herkunftsgruppe berichtet. Exemplarisch wurde dies für (Spät-)AussiedlerInnen sowie Menschen aus lateinamerikanischen Herkunfts-Communities berichtet. Dies bisweilen aber auch mit der negativen Konsequenz, dass fachliche Hilfe bei schwierigen familiären oder psychosozialen Problemlagen nicht in Anspruch genommen wird. Auch innerhalb von Migrantenorganisationen ist das Ausmaß an Mithilfe hoch. Selbsthilfe scheint hier stark durch Herkunftsgrenzen strukturiert zu werden. So wurde beispielsweise über afrostämmige Communities berichtet, dass hier solidarisches Handeln kaum über die eigene nationale oder ethnische Herkunftsgruppe hinaus reicht.

Strukturen bürgerschaftliches Engagements nicht ausreichend bekannt

Formalisierte Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements oder Ehrenamts, wie hier üblich, sind in vielen Herkunftsländern unbekannt. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass MigrantInnen häufig nur geringe Kenntnisse über die Angebote und Möglichkeiten eines bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland haben. Auch das Vermittlungsangebot der Freiwilligenagenturen wird von MigrantInnen nur wenig angenommen. Eine quantitative Einschätzung war für das Stadtteilzentrum Pankow zu erhalten, wonach von knapp 500 Personen, die in den letzten Jahren über die Freiwilligenagentur in ein Engagement vermittelt wurden, nur schätzungsweise 4 bis 5 % einen Migrationshintergrund hatten. Und auch bei diesen handelte es sich meist um jüngere Menschen aus der zweiten Generation.

Angebote der Vereine, insbesondere der Sportvereine, werden vor allem von Kindern und Jugendlichen aus Migrationsfamilien gut angenommen. Eine Befragung unter Pankower Sportvereinen erbrachte keine Informationen über deren Anzahl von Vereinsmitgliedern mit Migrationshintergrund. Allerdings seien in den Kinder- und Jugendabteilungen auch solche mit Migrationshintergrund vertreten. Auch befragte MigrantInnen berichteten, dass die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Sport- und Freizeitangeboten des Bezirks allgemein verbreitet sei.

Strukturen bürgerschaftlichen Verhaltens gelten auch für MigrantInnen

Zentrale Grundstrukturen bürgerschaftlichen Verhaltens gelten auch für die Beteiligung von MigrantInnen. Alle Schilderungen aus Pankow deuten darauf hin, dass bürgerschaftliches Engagement auch bei Menschen mit Migrationshintergrund typischerweise ein Mittelschichtphänomen ist (Erwerbstätigkeit, hohes Bildungsniveau, relativ gut sozial situiert). Existenzielle Probleme, wie sie Menschen mit geringem Einkommen, aber auch Flüchtlinge haben, halten von einer Beteiligung ab.

Alternative Formen der Förderung

In Berlin entstehen derzeit alternative Formen, um das bürgerschaftliche Engagement von MigrantInnen zu fördern. Eine Anregung für eine intensivere Engagementförderung insbesondere unter jungen, gut gebildeten MigrantInnen findet sich in den Aktivitäten der Initiative »Give something back to Berlin«, die nach dem Muster einer Freiwilligenagentur arbeitet, dabei aber auf die besonderen Bedarfe dieser Gruppe ausgerichtet ist. Bei dieser Gruppe von Aktiven sind traditionelle Formen des Ehrenamts nicht mehr gefragt. Sie bevorzugen stattdessen flexible Formen des Engagements, die sich an ihren persönlichen Interessen orientieren. Bei vielen dieser jungen MigrantInnen besteht das Bedürfnis nach einem verantwortungsvollen Engagement, und zwar nicht in erster Linie, um etwa Landsleute in ihren Integrationsbemühungen zu unterstützen, sondern ausdrücklich, um deutschen Menschen zu begegnen und die Zuwanderungsgesellschaft besser kennenzulernen.

Beteiligung über Online-Vernetzung

Internet-Vernetzung findet in den meisten Herkunfts-Communities statt und dient in unterschiedlichem Ausmaß tatsächlich einer verbesserten Beteiligung. Soziale Netze und Internetportale wie »Berlin en espanol« oder »my polacy.de« schaffen eine spezielle Öffentlichkeit für MigrantInnen und stellen unterschiedliche Informationsangebote von aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Informationen bis hin zu Einkaufsmöglichkeiten für bestimmte ethnische Produkte zur Verfügung. Die Nutzung dieser Quellen, die in der Regel sprachbezogen organisiert sind, erfolgt je nach individuellem Bedarf. Lediglich zwischen afrostämmigen MigrantInnen erweist sich die Vernetzung (mittels einer Zeitung oder eines Online-Portals) als schwierig, da die nationalen und ethnischen Hintergründe in dieser Gruppe zu heterogen sind. Die Vernetzung mit den Familien im Herkunftsland mittels Facebook oder Skype dürfte jedoch die Regel sein.

Die befragten Migrantenorganisationen sind in unterschiedlichem Ausmaß im Netz aktiv. Eine eigene Webseite und oder Facebook-Seite gilt als Standard. Ausgesprochen netzaktiv ist der Verein MaMis en Movimiento, der neun private Foren und zwei weitere auf Facebook unterhält. Der Einsatz sozialer Medien zur Vernetzung wird als sehr wichtig erachtet und insgesamt bringt es der Verein auf weit über tausend NutzerInnen der Datenbank. Inwieweit die sozialen Medien auch zur politischen Willensbildung von MigrantInnen beitragen, kann nicht genau eingeschätzt werden (siehe S. 39).

Barrieren für bürgerschaftliches Engagement

Es gibt vielfältige Barrieren, die das bürgerschaftliche Engagement von MigrantInnen erschweren. Es lassen sich sowohl lebensweltlich als auch systemisch bedingte Barrieren identifizieren.

Insbesondere unter MigrantInnen früherer Einwanderungswellen gibt es Gruppen, die stark auf die eigene Community bezogen leben. Dies gilt beispielsweise für die erste Generation der VietnamesInnen. Auch hinsichtlich der (Spät-)AussiedlerInnen im Bezirk wurde berichtet, dass hier starke Tendenzen des Rückzugs in die eigene Community bestehen. Diese Indizien gelten allerdings stets nur für die erste Generation; die zweite Generation von hier geborenen und aufgewachsenen vietnamesischen sowie russischstämmigen Personen gilt jeweils als sprachlich, schulisch, beruflich und sozial gut integriert.

Weitere lebensweltlich bedingte Faktoren betreffen die spezifische biografische Situation von MigrantInnen sowie mangelnde Erfahrungen mit Engagement im Herkunftsland. Viele MigrantInnen sind notwendigerweise stark auf die Sicherung ihres Lebensunterhalts orientiert und in der Bewältigung ihrer eigenen Lebenssituation gefordert. Möglicherweise ist diese starke Berufsorientierung auch ein Grund dafür, dass im bürgerschaftlichen Engagement kaum Männer auftauchen, sondern – wie auch die Gründung von MigrantInnenorganisationen in Pankow gut belegt – vor allem Migrantinnen in der Familienphase hier initiativ werden und sich engagieren.

Sprache bildet vielfach ein zusätzliches Hemmnis für das bürgerschaftliche Engagement. Gesprächspartnerinnen in den Freiwilligenagenturen und Stadtteilzentren des Bezirks stellten fest, dass in den lokalen Institutionen muttersprachliche Multiplikatoren benötigt würden, die MigrantInnen gezielt für ein Engagement ansprechen könnten. Bislang fehlen vermittelnde Personen zwischen den Stadtteilzentren und den migrantischen Communities. Als eine sinnvolle Maßnahme wurde zudem vorgeschlagen, dass Informationsmaterialien der Freiwilligenagenturen auch in fremdsprachigen Übersetzungen angeboten werden sollten.

Systemische Hindernisse für ein stärkeres Engagement von MigrantInnen sind in den Strukturen der Mehrheitsgesellschaft selbst begründet. Den meisten Vereinen im Bezirk ist nicht bekannt, in welchem Ausmaß Menschen mit Migrationshintergrund an ihren Angeboten teilnehmen. Auf diese Weise ist es auch nicht möglich, exkludierende Strukturen in den Institutionen selbst festzustellen. In einer Einwanderungsgesellschaft ist die interkulturelle Öffnung ein grundsätzliches Erfordernis, das auch die Institutionen der Zivilgesellschaft betrifft.

Zivilgesellschaftliches Engagement für MigrantInnen

Ein zivilgesellschaftliches Engagement für MigrantInnen zeichnet sich in Pankow gegenwärtig insbesondere in den Willkommensinitiativen für Asylbewerber ab. Diese Initiativen sind unter der Dachstruktur »Pankow hilft« zusammengefasst, welche durch die Netzwerkstelle [moskito] bislang lose koordiniert wird. Da die Unterstützerkreise sich erst vor kurzer Zeit anlässlich der seit 2013 sukzessiv eröffneten Unterkünfte gegründet haben, ist die Netzwerkstruktur noch relativ schwach ausgeprägt. In den Unterstützerkreisen sind Einzelpersonen regelmäßig aktiv, die häufig in der Nachbarschaft der Unterkünfte leben und die unterschiedlichen Generationen angehören sowie verschiedene Hintergründe aufweisen. Ein großer Teil dieser Engagierten verfügt bereits über frühere Engagementerfahrungen. Die Beteiligung von MigrantInnen in den Unterstützerkreisen ist gering. Dies ist insofern ein Manko, als deren Sprachkenntnisse sehr hilfreich sein könnten. Es wird berichtet, dass auch die BewohnerInnen der Flüchtlingsunterkünfte selbst zu den Treffen der Unterstützerkreise eingeladen werden, doch ist auch unter diesen die Beteiligung niedrig. Hier ist eine intensive persönliche Beziehungsarbeit gefordert, um auch Flüchtlinge als UnterstützerInnen in eigener Sache zu gewinnen.

Diese Gruppen stellen ein breites Angebot an Unterstützungsleistungen bereit. Dazu gehört die Einrichtung von interkulturellen Cafés, um den Kontakt zwischen Flüchtlingen und der einheimischen Bevölkerung zu fördern, die ehrenamtliche Durchführung von Deutschkursen für solche Flüchtlinge, die keinen Zugang zu institutionellen Sprachangeboten finden, die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen im Zugang zu Kitas und Schulen, die Begleitung von anerkannten Flüchtlingen bei der Wohnungssuche, vereinzelt auch die Vermittlung von Flüchtlingen in berufsqualifizierende Maßnahmen. Die Unterstützerverkreise agieren aus einem nachbarschaftlichen Selbstverständnis heraus und sehen es nicht als ihre Aufgabe an, geschultes Fachpersonal wie SozialarbeiterInnen und JuristInnen, das in der Flüchtlingsarbeit dringend erforderlich ist, zu ersetzen.

Mehrere befragte Sportvereine, die sich in der näheren Umgebung der Flüchtlingsunterkünfte befinden, berichteten von ihrer grundsätzlichen Bereitschaft, künftig Angebote auch für die BewohnerInnen der Unterkünfte zu schaffen. Hilfreich wäre es jedoch, wenn ein gemeinsames Konzept von Vereinen, Bezirkssportbund und dem Bezirksamt erarbeitet werden könnte.

In den Gesprächen wurden mehrere Erfordernisse für ein verbessertes bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge genannt: Eine regelmäßige Rechtsberatung für Flüchtlinge findet bislang lediglich bei Oase im Interkulturellen Haus Pankow statt; darüber hinaus gab und gibt es verschiedene sporadische, das heißt diskontinuierliche Beratungsangebote auf ehrenamtlicher Basis. Diese Angebotsstruktur wird als nicht ausreichend bezeichnet. Ein größeres Angebot an fachlich qualifizierter Rechtsberatung für Asylsuchende in Pankow wäre notwendig, um ehrenamtlich Helfende von einer Tätigkeit zu entlasten, für die sie selbst zumeist fachlich nicht ausreichend qualifiziert sind.

Gewünscht wird eine aktive Kontaktpflege des Bezirks zu den ehrenamtlichen Unterstützerverkreisen, die sich nicht lediglich auf einen Kick-off beschränkt. Insbesondere von den bezirklichen Jugendeinrichtungen wird eine stärkere aktive Beteiligung an den Unterstützungsstrukturen erwartet, um Angebote speziell für Kinder und Jugendliche in den Unterkünften machen zu können. Gefordert ist dabei insbesondere eine gezielte Ansprache von Kindern und Jugendlichen direkt in den Unterkünften.

Im Jahr 2014 erhielten die Unterstützerverkreise auf Antrag vom Bezirk ein kleines Budget für fallunspezifische Arbeit, das vor allem dazu verwendet wurde, um Materialien für die ehrenamtliche Arbeit zu beschaffen (z. B. Lehrmaterial für die Sprachkurse) oder um Ausflüge und einzelne Veranstaltungen zu finanzieren. Diese finanzielle Unterstützung sollte beibehalten und gegebenenfalls noch ausgebaut werden.

Engagement benötigt Förderung und Anerkennung

Die kommunale Ebene bildet nach wie vor den zentralen Ort von Bürgerbeteiligung. Dies gilt auch für die meisten zugewanderten Menschen im Bezirk. Nachbarschaften, Kieze, Kindergärten, Schulen und multikulturelle Bildungsangebote sind Bereiche, auf die sich das bürgerschaftliche Engagement von MigrantInnen in Pankow gegenwärtig stark fokussiert. Sie sind zugleich Lernorte der Demokratie, gerade auch für zugewanderte Menschen, die mit anderen politischen Erfahrungen nach Pankow kommen. Aus diesem Zusammenhang heraus lässt sich die Relevanz einer ziel- und anerkennungsorientierten Engagementstrategie auch des Bezirks erkennen.

Eine aktuelle bundesweite Umfrage zu bürgerschaftlichem Engagement identifiziert die Faktoren, die das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund besonders begünstigen:³⁹ Dies sind eine Anerkennung und Wertschätzung des Engagements, die gezielte Einbindung und Förderung von MigrantInnenorganisationen, die interkulturelle Öffnung der Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements, die interkulturelle Öffnung von Bildungs- und Gemeinschaftseinrichtungen im Quartier, die finanzielle Förderung für eigene Projekte der Engagierten, ein starkes Engagement der Kommune in der lokalen Integrationspolitik, bedarfsorientierte Qualifizierungsmaßnahmen sowie aktive und auf die Zielgruppe ausgerichtete Kommunikationsstrategien. Dieser repräsentative Befund lässt sich problemlos auch auf die Situation in Pankow übertragen.

³⁹ Frank Gesemann, Roland Roth 2014: Engagement im Quartier. Ergebnisse einer empirischen Studie im Rahmen des Forschungsfeldes »Orte der Integration im Quartier«. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Politische Partizipation von MigrantInnen

In diesem Kapitel wird das politische Verhalten von MigrantInnen untersucht. Im Einzelnen geht es um das Verhalten bei politischen Wahlen, um die Beteiligung von MigrantInnen in den politischen Gremien des Bezirks sowie in den Kreisverbänden der politischen Parteien sowie um generelle politische Einstellungen der MigrantInnen.

Was ist politische Partizipation?

»Politische Partizipation« bezeichnet allgemein die Beteiligung am politischen Geschehen. Weithin gebräuchlich ist die Definition des Politikwissenschaftlers Max Kaase: »Partizipation in der Politik bedeutet alle Handlungen, die Bürger einzeln oder in Gruppen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems (Gemeinde, Land, Bund, evtl. supranationale Einheiten) zu beeinflussen und/oder diese selbst zu treffen.«⁴⁰

Politische Partizipation umfasst zum einen institutionalisierte Formen der Beteiligung, die sich auf den parlamentarischen Prozess beziehen. Daneben werden in der Partizipationsforschung auch »unkonventionelle Formen«, wie Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, die Beteiligung an politischen Internetforen, aber auch subversive Formen wie Hausbesetzungen etc., als Formen politischen Handelns berücksichtigt. Politische Beteiligung steht in einem engen Verhältnis zur sozialen Teilhabe von Menschen. Die empirische Forschung bestätigt, dass es gerade nicht marginalisierte Menschen oder die Opfer gesellschaftlicher Prozesse sind, die besonders stark politisch partizipieren und für ihre Interessen eintreten, sondern vor allem die ressourcenstarken Bevölkerungsteile, die in Hinblick auf alle Formen politischer Beteiligung in einer selektiven Weise stark vertreten sind.⁴¹ Auch MigrantInnen sind mit Blick auf die Chancen ihrer politischen Beteiligung als eine tendenziell ressourcenschwache Gruppe zu bewerten, da sie oftmals in ungünstigeren sozialen Bedingungen leben als der Durchschnitt der Bevölkerung und zudem häufig nur über eingeschränkte Bürgerrechte verfügen.

Beteiligung an politischen Wahlen

Das deutsche Wahlrecht schließt ausländische StaatsbürgerInnen auch dann von der Teilnahme an politischen Wahlen aus, wenn sie bereits seit langem in Deutschland leben. Unter den MigrantInnen in Pankow verfügen nur eingebürgerte Personen über das uneingeschränkte Wahlrecht. Wahlberechtigt zu den Bezirksverordnetenwahlen sind zudem EU-BürgerInnen, auch wenn sie eine ausländische Staatsbürgerschaft haben. Ihr Anteil an der Wahlbevölkerung ist sehr niedrig und beträgt nahezu durchgängig in den Pankower Stimmbezirken weniger als 2%. Am höchsten ist dieser Anteil mit 4,1% und 3,8% in zwei Stimmbezirken in Niederschönhausen.⁴² Über die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten von Deutschen mit Migrationshintergrund sowie von EU-BürgerInnen liegen auch in den Kreisverbänden der in die BVV gewählten Parteien keine Informationen vor.

MigrantInnen in politischen Gremien und parteipolitisches Engagement

Es lässt sich nicht genau feststellen, wie viele der 55 Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung einen Migrationshintergrund haben. In der Fraktion der SPD verfügt ein Mandatsträger in der BVV über einen Migrationshintergrund, bei Bündnis 90/Die Grünen keine MandatsträgerIn, in der Linksfraktion eine Mandatsträgerin, in der Fraktion der CDU lag keine Information dazu vor und von der Piratenfraktion war keine Auskunft erhältlich.

Weitaus stärker vertreten sind Personen mit Migrationshintergrund unter den von den Fraktionen benannten Bürgerdeputierten. Mehr als 50 solcher Bürgerdeputierter wirken neben den gewählten Bezirksverordneten in der BVV mit. Hierzu berechtigt sind auch Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Eine genaue Zahl war auch hier nicht festzustellen. Eine Information hierzu gab es aus dem Kreisverband der Links-Partei; bei den von dieser Partei benannten insgesamt neun BürgerInnen mit beratender Stimme haben drei einen Migrationshintergrund.

40 Max Kaase 1994: Partizipation. In: E. Holtmann (Hg.), Politik-Lexikon. München, S. 442–445, hier S. 442

41 Jan W. van Deth 2003: Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: Dirk Berg-Schlosser, Ferdinand Müller-Rommel (Hg.) Vergleichende Politikwissenschaft. Opladen: Leske + Budrich, S. 167–187

42 Statistik Berlin-Brandenburg: Statistischer Bericht zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den Bezirksverordnetenversammlungen 2011 für Pankow

Mit VertreterInnen der Kreisverbände der Parteien wurden zudem Gespräche über das parteipolitische Engagement von MigrantInnen geführt. Befragt wurden zudem einige KommunalpolitikerInnen mit Migrationshintergrund nach ihrer Motivation und ihren Erfahrungen mit politischem Engagement in Pankow.

Allen politischen Parteien in Pankow ist gemeinsam, dass sie aufgrund der günstigen demografischen Situation und des anhaltenden Zuzugs in den Bezirk keine Probleme mit der Rekrutierung neuer Parteimitglieder haben. Zur Pankower Bevölkerung zählen viele Menschen, die politisch aktiv sind; manche davon sind beruflich in den politischen Institutionen der Bundeshauptstadt tätig: »Es gibt hier sehr viele talentierte Politiker und gar nicht so viele Posten, auf denen sie partizipieren können.«⁴³ Insofern ist der Bedarf, Menschen für ein kommunalpolitisches Engagement motivieren und qualifizieren zu müssen, in Pankow – anders als in vielen anderen bundesdeutschen Kommunen – niedrig.

In keinem der befragten Kreisverbände lagen nähere Informationen über den Anteil von Mitgliedern mit Migrationshintergrund vor. Im Pankower Kreisverband der SPD wird die Zahl der MigrantInnen unter den Parteimitgliedern als eher niedrig eingeschätzt. Bei der CDU wird im Aufnahmeantrag die Staatsbürgerschaft erfragt. Es gibt im Kreisverband kaum Mitglieder mit ausländischer Staatsbürgerschaft, allerdings ist bekannt, dass es sich bei einigen Parteimitgliedern um eingebürgerte Deutsche handelt. Der Kreisvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen betonte, dass die Partei offen für Menschen verschiedenster Herkunft sei, die am Parteileben teilnehmen wollen. Eine andere Frage sei es jedoch, wie die parteiinterne Besetzung von Posten erfolgt. Hier gebe es, wie in jeder anderen Partei, Netzwerke, über die KandidatInnen für den politischen Aufstieg verfügen müssen. Für zugewanderte Menschen, die nicht bereits über die Jugendorganisation in die Parteistrukturen hinein sozialisiert wurden, bestünden hier größere Schwierigkeiten, ein politisches Mandat zu übernehmen.⁴⁴ Auch Die Linke Pankow konnte über den Anteil der Parteimitglieder mit Migrationshintergrund keine Angaben machen. Hier wurde darauf hingewiesen, dass auch für MigrantInnen ohne formelle Parteimitgliedschaft Beteiligungsmöglichkeiten in verschiedenen Arbeitsgruppen des Berliner Landesverbandes und des Bezirks bestünden (z. B. AG Europeans in Berlin, AG Antifaschismus und Antirassismus, AG Bürgerrechte und Demokratie, AG Frieden und Internationale Politik).

Da keine der Parteien gegenwärtig auf die aktive Anwerbung neuer Mitglieder angewiesen ist und auch für die Besetzung von Mandatsposten genügend KandidatInnen zur Verfügung stehen, bilden MigrantInnen keine Zielgruppe, die gesondert in den Blick genommen wird. In keinem der Pankower Kreisverbände gibt es strategische Überlegungen zu einer verstärkten kommunalpolitischen Aktivierung von zugewanderten Menschen.

MigrantInnen, die in Parteien und parlamentarischen Gremien aktiv werden, tun dies aus dem Wunsch, Einfluss auf die Politik zu nehmen, weil sie Spaß an der politischen Arbeit haben und gewillt sind, Verantwortung als BürgerIn zu übernehmen. Hingegen verstehen sie sich nicht primär als ein Sprachrohr für die eingewanderte Bevölkerung. Vielmehr vertreten sie den Anspruch, auch für die deutschstämmige Bevölkerung wählbar zu sein.⁴⁵ Auch bei den Pankower Kommunalpolitikern mit Migrationshintergrund, die interviewt wurden, gab das persönliche Interesse an Politik den wesentlichen Ausschlag für das politische Engagement. In diesem Engagement sehen sie sich keineswegs als typische VertreterInnen ihrer Herkunftsgruppen, welche stattdessen als eher politikfern beschrieben werden: »Bei russischsprachigen Menschen wirkt die sowjetische und post-sowjetische Sozialisation nach. Das Politische, das Aktivistische ist dabei eher negativ besetzt. Unter Aktivisten verstehen Russen solche Leute, sie sich nicht zurückhalten können, die sich immer wieder engagieren und dabei lächerlich machen, oder Leute, die das Thema karrieristisch angehen. Da spielen möglicherweise auch eigene biografische Erfahrungen mit.«⁴⁶

Die eigenen Erfahrungen in der jetzigen Partei wurden von den politisch aktiven MigrantInnen als positiv beschrieben.⁴⁷ Man habe die gewünschte Unterstützung aus der Partei erhalten. Eine bessere Integration von MigrantInnen in die jeweilige Partei wäre durchaus wünschenswert. PolitikerInnen mit Migrationshintergrund, so wurde aber betont, sollten nicht auf die Migrationskarte setzen, sondern sich darum bemühen, durch ihre eigene Leistung in der Partei voranzukommen. Zwei von drei der hierzu befragten PolitikerInnen äußerten, gezielt den Anschein vermeiden zu wollen, thematisch nur in den Bereichen Migration und Integration kompetent zu sein.

43 Gespräch mit Gregor Kijora, Vorsitzender des Integrationsausschusses der BVV, SPD-Kreisverband, am 03.09.2014

44 Gespräch mit Sergey Lagodinsky, Kreisvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, am 16.07.2014

45 Karen Schönwälder, Cihan Sinanoglu, Daniel Volkert 2011: Vielfalt sucht Rat. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, S. 48, 52

46 Gespräch mit Sergey Lagodinsky [Anm. 44]

47 Der Kreisverbandsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Sergey Lagodinsky, war zunächst Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, trat aber aus Protest gegen Thilo Sarrazins Buch »Deutschland schafft sich ab« und der nach seiner Ansicht unzureichenden Positionierung der Bundespartei dazu aus der SPD aus und der grünen Partei bei.

Einstellungen zu politischer Beteiligung

Politische Beteiligung setzt die Überzeugung voraus, Gesellschaft und Politik dadurch aktiv mitgestalten zu können. Das politische Verhalten von MigrantInnen wird einerseits geprägt durch Politikbilder, die aus dem Herkunftsland mitgebracht werden, andererseits auch von der persönlichen Lebenssituation im Zuwanderungsland. Dort wo Politik im Herkunftsland als korrupt, gewaltaffin oder elitär erlebt wurde, ist die Entwicklung zu einem aktiven politischen Handeln hin massiv erschwert – auch wenn demokratische Errungenschaften wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit von vielen MigrantInnen in Deutschland als sehr befreiend erlebt werden.

Das politische Interesse von MigrantInnen ist wenig auf kommunalpolitische Themen, häufig aber auf internationale Themen gerichtet, die die Herkunftsländer betreffen. Dieses Argument wurde besonders häufig im Zusammenhang mit MigrantInnen-Communities aus der Russischen Föderation genannt. Beispielsweise werde unter ArmenierInnen der Bürgerkrieg in Syrien sehr intensiv verfolgt, da dort eine große armenische Diaspora lebt, aus der viele Menschen auch nach Berlin emigriert sind. Ähnlich intensiv werde auch der Ukraine-Konflikt unter den in Berlin lebenden MigrantInnen debattiert. Dadurch dass durch die Presse- und Informationsfreiheit in Deutschland unabhängige Informationen über die Entwicklungen in Russland uneingeschränkt verfügbar sind, entwickle sich unter den MigrantInnen ein kritischer Blick auf die Entwicklungen in der russischen Politik und Gesellschaft.

Politikabstinenz hängt offensichtlich stark mit negativen Politikererfahrungen im Herkunftsland zusammen. Besonders thematisiert wurde dies im Zusammenhang mit lateinamerikanischen Einwanderer-Communities. Vielen Menschen aus Lateinamerika sei Politik verhasst; sie seien misstrauisch gegenüber Politik und versprechen sich von politischer Beteiligung keine Wirksamkeit. Deutlich wurden hier unterschiedliche Weltbilder, die politisches Handeln prägen. Solidarität mit Lateinamerika beispielsweise sei für deutsche Menschen ein Konzept, das politisches Handeln erfordere. Für MigrantInnen aus Lateinamerika wiederum sei Solidarität eine moralische Angelegenheit; man handle solidarisch, wenn man beispielsweise Geld an die Herkunftsfamilie schicke.⁴⁸ Aber auch solche MigrantInnen, die in ihren Herkunftsländern an politischen Bewegungen teilgenommen haben, würden sich in Berlin sehr unpolitisch verhalten.

Gute Erfahrungen werden in MigrantInnenorganisationen jedoch mit Projekten zu politischer und historischer Bildung gemacht. Aus dem Verein Xochicuicatl wurde über die Teilnahme an einem Projekt »Discover Peace in Europe« berichtet, bei dem lateinamerikanische Frauen geschichtsträchtige Orte in Berlin besuchten und über ihre Vergangenheit informiert wurden. Dieses Projekt fand großes Interesse bei den teilnehmenden Frauen. Viele dieser Frauen würden erstmals in Deutschland erfahren, was demokratische Beteiligung eigentlich bedeutet.

Ein starkes Interesse an weltpolitischen Themen wird auch für bildungsnahe MigrantInnen aus afrikanischen Ländern festgestellt. Auch der weit verbreitete Rassismus in der deutschen Gesellschaft verursacht in dieser Gruppe eine Politisierung – anders als in manchen anderen Zuwanderergruppen, die in der Öffentlichkeit nicht auffallen und nicht Zielscheibe rassistisch motivierter Übergriffe werden.

Eher wenige Informationen konnten über Formen der politischen Beteiligung eruiert werden. Eine zweifellos große Rolle spielt dabei das Internet. Über dessen Nutzung lassen sich aber keine generalisierenden Aussagen machen, da die Vernetzung von MigrantInnen nicht auf der Basis der Herkunft, sondern auf der Basis der individuellen Interessen und der eigenen Weltanschauung erfolgt. Inzwischen existiert ein großes Angebot an alternativen minderheitenspezifischen Themen und Kommunikationsräumen im Internet, wodurch sich die Partizipation von MigrantInnen im Netz stark erhöht hat.

Es gibt verschiedene Hemmnisse, die die politische Beteiligung von MigrantInnen negativ beeinflussen:

Nicht nur, aber besonders für MigrantInnen ist es schwierig, die politischen Strukturen auf den verschiedenen Ebenen des föderalen Systems in Deutschland zu begreifen. Hier existieren viele geteilte Verantwortlichkeiten und Möglichkeiten politischen Handelns, die ohne eine vermittelnde Unterstützung schwer verständlich sind. Zudem sind vermutlich viele MigrantInnen nicht darüber informiert, dass auch AusländerInnen in einem gewissen Rahmen am politischen Prozess partizipieren können. Sofern nicht unmittelbar eigene Interessen davon berührt werden und konkrete Engagementmöglichkeiten geboten sind, ist Kommunalpolitik in ihrer institutionalisierten Form ein Bereich, der unter MigrantInnen eher wenig Leidenschaft weckt.

⁴⁸ Interview mit Marita Orbegoso Alvarez, MaMis en Movimiento, am 07.07.2014.

Noch immer gibt es wenige Vorbilder des erfolgreichen politischen Aufstiegs von MigrantInnen. Besonders gilt dies für farbige PolitikerInnen in Deutschland. Erwähnt wurden bereits existenzielle Probleme, die von einer politischen Beteiligung abhalten. Auch geringe Deutschkenntnisse und das Gefühl, sich nicht politisch artikulieren zu können und nicht über das vermeintlich erforderliche Auftreten zu verfügen, erweisen sich als wirkmächtige Barrieren.

Die umfassende politische Partizipation von MigrantInnen ist nur mit einer deutschen Staatsbürgerschaft möglich. In den Interviews wurde verschiedentlich darauf angesprochen, dass viele MigrantInnen ein großes Interesse an einer doppelten Staatsbürgerschaft besitzen. In manchen Staaten ist die Aufgabe der Staatsbürgerschaft mit einer komplizierten Bürokratie verbunden, die abschreckend wirkt. Manchmal auch hindern im Herkunftsland vorhandene Eigentumsverhältnisse (Immobilien, Grundbesitz etc.) an der Aufgabe der Staatsbürgerschaft. Exemplarisch wurde dies für die vietnamesische Community berichtet.

Für die politische Beteiligung der MigrantInnen in Pankow spielt die kommunalpolitische Ebene kaum eine Rolle. Auch die Strukturen ihrer Vernetzung beziehen sich nicht auf die bezirkliche Ebene: Vernetzungen erfolgen innerhalb der Nachbarschaft, innerhalb des eigenen Milieus, und hier durchaus über den Bezirk hinaus, sowie durch das Internet in einem räumlich nicht gebundenen Rahmen.

Stand der politischen Partizipation von MigrantInnen in Pankow

Die Ergebnisse der Recherchen in Pankow lassen sich gut in einen Zusammenhang mit Ergebnissen einordnen, die auch bundesweit zur politischen Partizipation von MigrantInnen gewonnen wurden. Betrachtet man das politische Verhalten von Menschen mit Migrationshintergrund, so zeigt sich, dass politische Abstinenz und Desinteresse ein Merkmal der ersten Zuwanderergeneration ist. In der zweiten Generation gleicht sich das politische Verhalten hingegen dem von Personen ohne Migrationshintergrund weitgehend an. Zugewanderte Personen setzen sich erst nach einer Orientierungsphase mit dem politischen System in Deutschland auseinander, um sich darin zurechtzufinden.⁴⁹

Im Berliner Abgeordnetenhaus haben in der aktuellen Legislaturperiode knapp 12 % der Abgeordneten einen Migrationshintergrund.⁵⁰ Auf der kommunalen Ebene, in den Bezirken, sind MigrantInnen allerdings nur schwach repräsentiert; in den meisten Bezirksverordnetenversammlungen gibt es lediglich ein bis zwei Abgeordnete mit Migrationshintergrund.⁵¹ Bezirksverordnete mit Migrationshintergrund können aber eine Vorbildfunktion für MigrantInnen ausüben und diese zu einem parteipolitischen Engagement motivieren. Auch die Offenheit von politischen Parteien und eine effektive Vernetzung von migrantischen und nichtmigrantischen Akteuren werden in der Forschung zur politischen Partizipation als wichtige Faktoren identifiziert, um MigrantInnen zu einem stärkeren politischen Engagement zu motivieren.⁵²

Für eine verbesserte politische Partizipation von MigrantInnen hat der Kommunale Qualitätszirkel zur Integrationspolitik eine Reihe von Empfehlungen erarbeitet. Dazu zählen folgende Maßnahmen:⁵³

- eine Förderung der Wahlbeteiligung von BürgerInnen mit Migrationshintergrund;
- verstärkte Bemühungen der politischen Parteien um die Einbindung von Zugewanderten;
- die Einrichtung und Unterstützung kommunaler Beteiligungsorgane;
- die Einbindung von Migrantenorganisationen in kommunale Kooperationsstrukturen;
- die Unterstützung von Migrantenorganisationen bei ihrer Professionalisierung;
- eine Ausweitung der politischen Bildungsangebote unter gezielter Einbeziehung von MigrantInnen in Schulen, Jugendzentren und Migrantenorganisationen.

Einige dieser Maßnahmen werden in Pankow bereits umgesetzt und werden hier vermutlich perspektivisch zu verbesserten Ergebnissen führen. Auch Besuche von BezirkspolitikerInnen vor Ort bei den Migrantenorganisationen können hier förderlich wirken. Zugewanderte Menschen werden dadurch motiviert und befähigt, über ihre Anliegen zu sprechen, und erfahren im Dialog, dass sie als GesprächspartnerInnen interessant sind. Es ist dies ein Schritt hin in die Selbstwirksamkeitserfahrung, mit der bekanntlich jedes demokratische Handeln beginnt.

49 Stephanie Müssig, Susanne Worbs 2012: Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Nürnberg, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

50 https://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/zweites_integrationsmonitoring_der_laender_ergebnisse_fuer_berlin.pdf?start&ts=1363945718&file=zweites_integrationsmonitoring_der_laender_ergebnisse_fuer_berlin.pdf

51 Karen Schönwälder et al. [Anm. 45], S. 65

52 Ebd., S. 68

53 Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik 2010: Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten. Stuttgart, S. 2 ff.

Tabelle 4
Bevölkerungsentwicklung in Pankow
von 2009 bis 2014 (Stichtag: 30.06.2014)

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Häufigste Herkunftsländer	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Zuwachs	
Polen	1.909	1.933	2.164	2.423	2.593	2.736	827	43 %
Italien	1.224	1.363	1.665	2.047	2.450	2.686	1.462	119 %
Frankreich	1.415	1.547	1.735	1.931	2.202	2.303	888	63 %
Spanien	812	972	1.181	1.525	1.726	1.798	986	121 %
USA	1.103	1.198	1.348	1.511	1.721	1.721	618	56 %
Großbritannien	1.028	1.164	1.297	1.425	1.595	1.682	654	64 %
Russische Föderation	870	1.020	981	1.121	1.296	1.344	474	54 %
Österreich	954	1.055	1.130	1.237	1.307	1.337	383	40 %
Vietnam	1.081	1.092	1.133	1.152	1.221	1.249	168	16 %
Türkei	799	793	803	855	919	943	144	18 %

Zusammensetzung	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Zuwachs	
Ausländer	20.912	23.079	25.710	29.193	33.056	34.542	13.630	65 %
aus der Europäischen Union	14.936	16.116	18.220	20.954	23.733	24.800	9.864	66 %
aus der restlichen Welt	5.976	6.963	7.490	8.239	9.323	9.742	3.766	63 %
Deutsche	331.471	336.938	339.311	341.744	344.476	345.695	14.224	4 %
Deutsche mit Migrationsh.	39.330	42.062	46.003	50.785	55.995	56.525	17.195	44 %
Gesamtbevölkerung	352.383	360.017	365.021	370.937	377.532	380.237	27.854	8 %

Tabelle 5
SchülerInnen nichtdeutscher Herkunftssprache
in Pankow im Schuljahr 2013/2014

Quelle: Berliner Bildungsstatistik

Schulart	gesamt	davon nichtdeutscher Herkunftssprache	
Grundstufe	16.781	1.903	11,3 %
Mittelstufe	9.587	800	8,3 %
Oberstufe	2.575	156	6,1 %
Klassen mit Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung	248	67	27,0 %
Gesamt	29.191	2.926	10,0 %

Empfehlungen für die zukünftige Vielfaltspolitik

Die günstige Sozialstruktur und eine vergleichsweise geringe Migrantenbevölkerung, die anteilmäßig nur etwa die Hälfte des Berliner Durchschnittswertes erreicht, schaffen in Pankow gute Voraussetzung für eine potenzialorientierte Politik der Vielfalt im Bezirk, die auch paradigmatisch für eine moderne Einwanderungsstadt wirken könnte. Die folgenden Empfehlungen bilden bei weitem nicht das gesamte Feld des Wünschbaren in Pankow ab, sondern konzentrieren sich auf vorangige Bereiche, die im Rahmen einer kommunalen Integrationspolitik als machbar, aber auch dringend notwendig erscheinen.

Strategische Ausrichtung als Erfolgsfaktor einer potenzialorientierten Vielfaltspolitik

Allgemein bilden (1) die Verankerung von Integration als eine kommunale Führungs-, Querschnitts- und Steuerungsaufgabe sowie (2) die Vernetzung zentraler Akteure in der Kommune wichtige Erfolgsfaktoren einer potenzialorientierten Vielfaltspolitik. Diese Aufgaben gilt es in Pankow entschieden voranzutreiben. Bei dieser strategischen Ausrichtung geht es darum,

- ein bezirkliches Handlungskonzept zu entwickeln, das Verbindlichkeit schafft,
- die relevanten Handlungsfelder im Bezirk zu benennen und
- eine fachübergreifende Vernetzung in der Verwaltung herzustellen.

Das seit 2011 bestehende Integrationskonzept des Bezirks wurde bislang offenbar noch viel zu wenig als ein leitender Handlungsimpuls umgesetzt. Mit dem Integrationsbeirat und dem Arbeitskreis der MigrantInnenprojekte wurden bereits relevante Vernetzungsstrukturen im Bezirk geschaffen. Deren Effektivität ist mit Blick auf den Integrationsbeirat noch stark verbesserungswürdig.

Insgesamt ist es wichtig, Vielfalt und Integration als eine politische Gestaltungsaufgabe deutlich zu machen, die ressortübergreifend zu bewerkstelligen ist.

Vielfalt als eine Leitidee kommunaler Entwicklung

Während im Straßenbild Vielfalt öffentlich erlebbar wird, ist Vielfalt in Kommunalpolitik und Verwaltung noch wenig präsent. Zwar setzt sich der Bezirk seit vielen Jahren gewissenhaft für eine Politik gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ein und unterstützt diese finanziell. Allerdings fehlt das positive Gegenstück dazu: Vielfalt öffentlich wertschätzend zu kommunizieren. Bislang sind Kampagnen für Vielfalt, wie die Initiative »Pankow tolerant und weltoffen«, im Sand verlaufen. Eine Leitidee »Vielfalt« ist als solche noch keine Politik, aber wichtig, um die Relevanz von Interkulturalität öffentlich zu kommunizieren.

Eine Leitidee benötigt zugleich eine Umsetzungsstrategie: öffentliche Kampagnen, die Schaffung interkultureller Begegnung, eine stärkere interkulturelle Markierung von Stadtteilfesten und gemeinschaftsstiftenden Events – dies alles sind Ansatzpunkte, mit denen eine Vielfaltsstrategie mit Leben gefüllt werden kann. Auch die Potenziale, die das Interkulturelle Haus Pankow bietet, sollten neu überdacht werden. Ein Leitbild »Vielfalt« sollte als lebendig und partizipativ zu gestaltende Selbstverpflichtung verstanden werden, an der alle relevanten und daran interessierten AkteurInnen in Kommunalpolitik, Verwaltung und Zivilgesellschaft beteiligt sind.

»Wir wollen aufgeklärte Weltbürger sein, aber mit russischer Sprache«, so die Vorsitzende einer MigrantInnenorganisation zum Selbstverständnis vieler Pankower MigrantInnen. Dieses Selbstverständnis stärker aufleuchten zu lassen, dabei die kulturellen Potenziale der verschiedenen Milieus und Herkunftsgruppen öffentlich wertzuschätzen, könnte eine vielversprechende Strategie nicht nur des Stadtmarketing, sondern auch einer bezirklichen Identität sein.

Interkulturelle Öffnung von Verwaltung und Bildungseinrichtungen

Eine interkulturelle Öffnung, die sozial und kulturell vielfältig strukturierte öffentliche Dienstleistungen und örtliche Angebote bereitstellt, erscheint gegenwärtig als das dringendste Erfordernis einer kommunalen Integrationspolitik in Pankow. Notwendig wäre es, hierfür eine Steuerungsstruktur (Steuerungsgruppe o. ä.) einzurichten, in der eine Priorität der Handlungsbereiche gesetzt, die bestehenden Ansätze aufgegriffen und gebündelt, Umsetzungsmaßnahmen entwickelt und weitere Bereiche, die mittel- und langfristig in den Prozess einzubeziehen sind, identifiziert werden. Anzusiedeln wäre eine solche Struktur bei der Verwaltungsspitze.

Von außen betrachtet stellen sich in der Verwaltung zwei Handlungsbereiche dar, an denen eine interkulturelle Öffnung unmittelbar ansetzen sollte: Das ist zum einen die Förderung von Mehrsprachigkeit in der Verwaltung. Es sollte dafür gesorgt werden, dass wichtige Informationsmaterialien mehrsprachig vorliegen und dass in Abteilungen mit einem hohen Bürgerkontakt die Möglichkeit besteht, zumindest in englischer Sprache zu kommunizieren. Letzteres ist insofern notwendig, als nicht davon auszugehen ist, dass alle MigrantInnen, die nach Pankow kommen, so lange im Bezirk leben werden, dass sie ausreichende Deutschkenntnisse erwerben.

Zum anderen sollte bei der Nachwuchsgewinnung für den öffentlichen Dienst in Pankow systematisch die Strategie einer interkulturell ausgerichteten Personalgewinnung gefahren werden, um die Vielfalt der Bevölkerung auch in der Verwaltung sichtbar werden zu lassen – vor dem Hintergrund eines gegenwärtig hohen Durchschnittsalters in der Verwaltung sowie eines demografischen Wandels, der das Angebot an BewerberInnen für den öffentlichen Dienst bereits jetzt schon reduziert.

Der Impuls einer interkulturellen Öffnung sollte darüber hinaus auf weitere öffentliche Institutionen des Bezirks übertragen werden. Dies betrifft die Bildungseinrichtungen in Pankow und hier vor allem die öffentlichen Kindertagesstätten und Schulen. Hier besteht ein deutlicher Handlungsbedarf für einen qualifizierten Umgang mit Mehrsprachigkeit und Interkulturalität bei den Beschäftigten.

Schaffung einer Willkommenskultur

Bislang gibt es in den Institutionen des Bezirks noch wenig Offenheit für Zuwanderung und Vielfalt. Gegenmaßnahmen befinden sich noch in einem frühen Entwicklungsstadium. Strukturen einer Willkommenskultur, die sich derzeit entwickeln, beziehen sich überwiegend auf die Aufnahme von Flüchtlingen im Bezirk.

Die Schaffung einer Willkommenskultur bezieht sich einerseits auf eine entsprechende Ausgestaltung von Verwaltungsleistungen, andererseits auf eine generelle Offenheit der Einrichtungen im Bezirk. Die Etablierung einer solchen Kultur auf kommunaler Ebene erfordert gemeinsame Anstrengungen von Verwaltung, Unternehmen und Zivilgesellschaft. Sie steht in einer engen Verbindung mit der interkulturellen Öffnung der Verwaltung. Beide Maßnahmen setzen eine entsprechende Konzeptentwicklung voraus. Konkrete Ansatzpunkte könnten zudem eine Verbesserung der Beratungsstruktur für MigrantInnen (siehe unten) sowie die Sicherung eines ausreichenden Angebots an Deutschkursen im Bezirk sein.

Als Bestandteil einer verbesserten Willkommenskultur arbeitet der Integrationsausschuss gegenwärtig an einer Verbesserung seines Internetauftritts. Am Max-Delbrück-Centrum in Buch wurde eine Willkommensbroschüre für hinzugezogene WissenschaftlerInnen herausgegeben. Möglicherweise könnte diese auch anregend für entsprechende Bemühungen des Bezirks sein.

Schließlich: »Von einer Willkommenskultur sollte schweigen, wer nicht über Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus reden will.«⁵⁴ Eine Willkommenskultur muss mit einer klaren Perspektive der Antidiskriminierung verbunden sein. Nicht geklärt ist gegenwärtig, wie eine Erstberatung bei institutioneller Diskriminierung, aber auch bei Alltagsrassismus im Bezirk gewährleistet werden soll. Bestehende Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus sollten stärker gebündelt und in die Strategie einer bezirklichen Vielfaltspolitik eingebunden werden.

⁵⁴ Roland Roth 2013: Willkommens- und Anerkennungskultur in Deutschland – Herausforderungen und Lösungsansätze. Expertise im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, S. 35

Klärung der Beratungsstruktur für MigrantInnen

Ein deutliches Manko zeigt sich in Pankow aktuell in der Beratungsstruktur für MigrantInnen, die durchgängig als nicht ausreichend bezeichnet wird. Trotz knapper eigener Ressourcen übernehmen die MigrantInnenorganisationen einen gewichtigen Teil der Migrationsberatung im Bezirk. Eine regelgeförderte Migrationsberatung für Erwachsene ist nicht vorhanden. Dabei zeigen sich in Pankow sehr spezifische Beratungsbedarfe, gerade mit Blick auf die kontinuierliche Neuzuwanderung von MigrantInnen und Flüchtlingen in den Bezirk. Die Zuwanderung von hochqualifizierten, jungen und mobilen EU-Bürgerinnen erfordert dabei potenzial- und arbeitsmarktorientierte Beratungsformate, die über die klassische Sozialberatung hinausgehen und gegenwärtig nicht existieren. Weiterhin wäre ein größeres Angebot an fachlich qualifizierter Rechtsberatung für Asylsuchende in Pankow notwendig, um ehrenamtlich Helfende von einer Tätigkeit zu entlasten, für die sie selbst zumeist fachlich nicht ausreichend qualifiziert sind.

Die Empfehlung lautet daher, ein abgestimmtes bezirkliches Konzept zur Beratung von MigrantInnen zu erstellen: Welche Beratungsbedarfe bestehen? Wer übernimmt hier welche Aufgaben? Und welche Mittel stehen dafür zur Verfügung?

Unterstützung von MigrantInnenorganisationen sowie des bürgerschaftlichen Engagements

Das Engagement der BürgerInnen ist in jedem Gemeinwesen ein unschlagbares Potenzial. Das bürgerschaftliche Engagement von MigrantInnen zu fördern heißt, offen zu sein für vielfältige Engagementformen auch dann, »wenn sie – wie z. B. bei Fragen von Integration und Interkulturalität – mit den Gewohnheiten und Traditionen von Mehrheiten und herkömmlichen institutionellen Regeln nicht einfach zusammengehen«. ⁵⁵ Benötigt werden auch angemessene Formen der Anerkennung: Das können Förderprogramme für MigrantInnenorganisationen, Qualifizierungsangebote, eine sichtbare, öffentlich kommunizierte Anerkennung sein, aber auch eine aktive Unterstützung dieses Engagements durch die Verwaltung.

Der Bezirk unterstützt die MigrantInnenorganisationen aktiv, indem er jährlich einen Förderfonds auflegt. Zu begrüßen ist, dass daraus nicht nur Einzelprojekte gefördert werden, sondern ab 2015 auch ein Modellprojekt zur Qualifizierung von MigrantInnenorganisationen finanziert wird. Die MigrantInnenorganisationen sollten insbesondere auch dabei unterstützt werden, eine effektive Vernetzung nicht nur innerhalb ihres Bereichs (»bonding«), sondern darüber hinaus auch in andere Bereiche der lokalen Gesellschaft zu betreiben (»bridging capital«).

Eine Unterstützung durch den Bezirk benötigt auch das im Rahmen der Flüchtlingsaufnahme neu entstehende bürgerschaftliche Engagement von ansässigen Menschen für die Asylsuchenden. Neben den Unterstützernetzen, die sich um die Flüchtlingsunterkünfte herum bilden, bietet sich ein konkreter Ansatzpunkt auch mit Blick auf Sportvereine, die gegenwärtig darum bemüht sind, ihre Sport- und Freizeitangebote für die BewohnerInnen der Flüchtlingsunterkünfte zu öffnen.

Personelle Ressourcen für eine Umsetzungsstrategie schaffen und sichern

Eine Politik der Vielfalt für Pankow erfordert (1) eine stärkere Verknüpfung bestehender Ansätze und (2) eine konzeptionelle Schärfung und operative Weiterführung der Handlungsbereiche strategische Politikausrichtung, interkulturelle Öffnung der Verwaltung, Etablierung einer Willkommenskultur und Gewährleistung einer effektiven Beratungsstruktur für MigrantInnen im Bezirk. Hierfür sind die notwendigen personellen Ressourcen zu sichern und sollten Bedarfe für Weiterbildung und externe Beratung berücksichtigt werden.

⁵⁵ Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) 2012: Engagiert! Gedanken zum neuen bürgerschaftlichen Engagement. Schriften zur Demokratie, Bd. 29. Berlin, S. 10

Die Interview-partnerInnen

Abramian, Milena

Ein Lichtstrahl, am 02.09.2014

Dr. Baghdasaryan, Zhanna

Deutsch-Armenische Initiative, am 10.10.2014

Baumhauer, Julia

Give something back to Berlin, am 15.09.2014

Blauert, Stefan

Bezirksverordneter CDU, am 25.06.2014

Brunner, Sandra

stellvertretende Bezirksvorsitzende Die Linke, schriftliche Auskunft am 06.10.2014

Cotado, Violeta

Oase Pankow, am 21.07.2014

Dreger, Annedore

Der Turm, Karow, am 23.07.2014

Dr. Dudek, Sonja

Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung, am 16.07.2014

Düregger, Ulrike

Afro-Deutsche Spielgruppe, am 02.09.2014

Erler, Juliane

Stadtteilzentrum Pankow, am 03.11.2014

Faraco Blanco, Cristina

La Red, am 09.10.2014

Groß, Sascha

Kreisgeschäftsführer der CDU Pankow, am 25.06.2014

Dr. Karlson, Julia

Karussell, am 19.09.2014

Kijora, Gregor

Bezirksverordneter SPD, Vorsitzender des Integrationsausschusses, am 03.09.2014

Kindzorra, Editha

Oase Pankow, am 21.07.2014

Koch, Agata

Polnisches Sprachcafé, am 16.09.2014

Lagodinsky, Sergey

Kreisvorsitzender Bündnis 90/ Die Grünen Pankow, am 16.07.2014

Lautsch, Alexander

AYEKOO, am 29.08.2014

Loos, Hoai Thu

Frauenprojekt Vinaphunu, Club Asiaticus, am 17.09.2014

Maaß, Carsten

Bezirkssportbund Pankow, am 13.10.2014

Dr. Mutajewa, Maria

Karussell, am 19.09.2014

Ninaja Anquise, Alex

Bürgerdeputierter, am 06.11.2014

Orbegoso Alvarez, Marita

MaMis en Movimiento, am 07.07.2014

Pohl, Ines

Bezirksverordnete Die Linke, am 29.10.2014

Richter, Birgit

Bucher Bürgerhaus, am 23.07.2014

Sabek, Yasser

Bezirksverordneter SPD, am 02.09.2014

Satti, Rahman

Mitglied im Integrationsbeirat Pankow, am 02.09.2014

Schlegel, Gunar

Bezirksamt Pankow, Service-einheit Personal, am 12.06.2014

Schwarz, Jochen

Oase Pankow, am 21.07.2014

Siedenburg, Constanze

Bezirksverordnete Bündnis 90/ Die Grünen, am 24.09.2014

Stark, Renate

Caritas Pankow, am 28.08.2014

Dr. Stobbe, Dietrich

AZuMis, am 17.09.2014

Török, Gabriella

Oase Pankow, am 21.07.2014

Tribin, Claudia

Xochicuicatl, am 17.09.2014

Trocinska, Izabela

Migrationsbeauftragte des Jobcenters Pankow, am 16.07.2014

Uhlemann, Katharina

Bezirksamt Pankow, Fachdienst 5, am 22.07.2014

Salimo

Cháv

Impressum

Vielfalt in Pankow

Die Beteiligung von MigrantInnen auf lokaler Ebene

Eine Studie von Dr. Jutta Aumüller

im Auftrag des Bezirksamts Pankow von Berlin

1. Auflage

Berlin, Dezember 2014

Herausgeber

Bezirksamt Pankow von Berlin

Breite Straße 24a–26, 13187 Berlin

www.berlin.de/pankow

Studie

Dr. Jutta Aumüller

Institut für Demokratische Entwicklung
und Soziale Integration (DESI)

c/o Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Badensche Straße 52, 10825 Berlin

www.desi-sozialforschung-berlin.de

Redaktion

Katarina Niewiedzial

Gestaltung

4S, www.4s-design.de

oiteresealutólá

veřháabsziá